Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 8 gespalten oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: Durch Austräger 1000.— Mk. pro Woche. Durch die Post 3000.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Prod.-Genossenschaft. — Redaktionssprechstunde: 5—6 Uhr nachm. Postscheckkonto: Breslau Nr. 810 69. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887. Einzelnummer 200 Mk.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 105. | Montag, den 7. Mai 1923. | 5. Jahrgang.

Der Preußische Landtag unter Polizeiaufsicht

Faustkampf — die geistige Waffe der VSPD. — Der VSPD.-Saalschutz im Bunde mit Leinerts Spitzelgarde — Genosse Katz gewaltsam vom Sitzungssaal ferngehalten

Berlin, 6. Mai 1923.

Leinert setzte am Sonnabend im Preußischen Landtag seine freche und vom fanatischen Kommunistenhaß diktierte Brutalisierung der KPD.-Fraktion fort. Deutschnationale und Sozialdemokraten stützten in voller Uebereinstimmung mit den übrigen bürgerlichen Parteien diesen Reaktionär, der selbst Jordan v. Kröcher noch übertrifft. Fast eine volle Hundertschaft Polizeispitzel hatte Leinert von seinem Parteigenossen, dem Berliner Polizeipräsidenten Richter, angefordert. Die Bande erschien in aller Frühe im Landtag. Als Genosse Katz in Begleitung einer Reihe unserer Fraktionsmitglieder den Sitzungssaal betreten wollte, trat das Spitzelheer in Aktion. Gewaltsam wurde Genosse Katz zurückgestoßen. Seinen energischen Hinweis auf das Strafgesetzbuch, wonach sich strafbar macht, wer einen Abgeordneten an der Ausübung seines Mandats hindert, beachtete die von Leinert instruierte Garde natürlich nicht. **„Sie sind nicht mehr Abgeordneter, Herr Katz“**, schrie einer der Kerle unseren Genossen an. Leinert, der vor 11 Jahren denselben Protest erhob, ist heute unter Billigung der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags der Instrukteur für Verfassungs- und Rechtsbrecher.

Unsere Genossen versuchten noch einmal, unter rücksichtslosem Beiseitestoßen der Leinertschen Spitzelbande, den Genossen in den Saal zu bringen. Das war ihnen auch fast gelungen, als den von Leinert bestellten Polizisten der Saalschutz der VSPD. schleunigst zu Hilfe eilte. Nur auf diese Weise wurde es dennoch dem Genossen Katz unmöglich gemacht, in den Saal zu gelangen.

Bei Beginn der Sitzung hatte Leinert den Mut, gegen die Beeinträchtigung der Rechte eines preußischen Abgeordneten, der von den Franzosen verhaftet worden ist, zu protestieren. Diese Schamlosigkeit des Mannes, der eben eine noch viel unerhörtere Verletzung der Abgeordnetenrechte gegen einen kommunistischen Vertreter hatte durchführen lassen, beantworteten unsere Genossen mit den schärfsten Zurufen.

Genosse Schulz (Neukölln) gab sodann für die Fraktion der KPD. eine schriftliche Erklärung ab, die wir unten im Wortlaut wiedergeben. Leinert hatte von seiner Geschäftsordnungsgewalt Gebrauch gemacht und die Verlesung der Erklärung nur zugelassen unter der Bedingung, daß die beiden letzten Absätze weggelassen würden. Gen. Schulz der hiergegen protestieren wollte, wurde von Leinert unterbrochen mit der Drohung, daß er das nicht zulasse und eventuell unserem Redner das Wort entziehen würde. Wie wohlgezielte Peitschenhiebe wirkten die Sätze der Fraktionserklärung auf die Sozialdemokraten und ihre Bundesgenossen aus dem Lager des Bürgertums.

In kurzer kräftiger Rede begründete Genosse Pieck einen Antrag

auf sofortige Entfernung der Polizei aus den Räumen des Landtags.

Die Mehrheitswalze rollte den Antrag nieder. Genosse Schulz verlangte nunmehr, den Präsidenten Leinert, der die Abgeordnetenrechte zertrete und die Abgeordneten unter Polizeiaufsicht stelle, sofort seines Amtes zu entheben. Natürlich brachten unsere Genossen bei ihren Anträgen zum Ausdruck, daß sie von diesem Parlament nicht erwarten, daß es seinen Polizeihelden Leinert im Stiche lasse. Unsere Genossen bezweckten vielmehr mit ihren Anträgen, die Parlamentsmehrheit unzweideutig zu entlarven. Die Maske ist heruntergerissen von der heuchlerischen Fratze, die sich bürgerliche Demokratie nennt. Es bleibt die von der talistische Diktatur, die vor keinem Verfassungsbruch und frechster Gesetzesverletzung, wenn es gegen das revolutionäre Proletariat und seine Vertreter geht, zurückschreckt.

Die ganze innere Verlogenheit der VSPD.-Führerschaft sollte sich noch einmal enthüllen. Genosse Schulz forderte, daß an Stelle der Kultusetatverhandlungen die Weiterberatung des kommunistischen Antrages über die mitteldeutschen Unruhen von 1921 vorgenommen werde. Er nagelte dabei fest, daß Heilmann erklärt habe in der letzten Sitzung, nur weil Herr Katz den Saal nicht verlassen habe, sei die Behandlung des Antrages der Kommunisten unmöglich. Sei diese Erklärung Heilmanns keine Lüge gewesen, so müsse die VSPD. für seinen Antrag auf Umstellung der Tagesordnung nunmehr stimmen. Die VSPD. überführte durch ihre Haltung, indem sie mit den Bürgerlichen unseren Antrag niederstimmte, sich selbst der Lüge.

Am Schluß der Sitzung gab die VSPD. eine lügengespickte Erklärung zu Protokoll, in der sie ihre Prügelwut in Abrede stellt.

Gegen den Ausschluß des Genossen Katz

Erklärung der Kommunistischen Landtagsfraktion

Die Fraktion der Kommunisten erhebt den schärfsten Protest gegen den Ausschluß ihres Mitgliedes Katz.

Wenn der Ausschluß unseres Genossen Katz mit der Behauptung begründet wird, er habe eine, das ganze Haus beleidigende Aeußerung „schmieriges Gesindel“ gebraucht, so stellen wir demgegenüber fest, daß diese Worte in Erwiderung zahlloser, schwerbeleidigender Zwischenrufe, die gegen die kommunistische Fraktion im allgemeinen und gegen den Abgeordneten Katz im besonderen gerichtet waren, gefallen sind.

Der Präsident rügte diese weithin vernehmbaren und, wie die Presseberichte zeigen, auch auf den Tribünen deutlich gehörten, schwer beleidigenden Zwischenrufe nicht. Auf den berechtigten Gegenruf des Abgeordneten Katz riefen einige sozialdemokratische Abgeordnete, darunter der Abgeordnete Orzefinski „Holt doch den Burschen herunter“. Darauf stürzten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion unter Führung ihres Saalschutzes auf unseren Genossen Katz und andere Mitglieder der kommunistischen Fraktion. Mit Fäusten und auch harten Gegenständen schlugen die sozialdemokratischen Abgeordneten, besonders Bahlke, Bubert, Lewerenz, Schubert, Schreiber-Hanau auf die Kommunisten ein. Die Namen der Prügelhelden sind dem Präsidenten Leinert und dem Aeltestenrat bekannt. Trotzdem weigerten sich Leinert wie der Aeltestenrat, irgendwelche Maßnahmen gegen die gewalttätigen Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion zu treffen.

Nach Erklärungen sozialdemokratischer Abgeordneter im Aeltestenrat hat unmittelbar vor der Plenarsitzung eine Fraktionssitzung der VSPD. stattgefunden, die wiederum nach dem Zeugnis derselben Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion Maßnahmen gegen die Kommunisten beraten und beschlossen hat. Daraus geht hervor, daß die gestrigen Gewalttätigkeiten von den Sozialdemokraten gewollt und vorbereitet waren.

Hiernach stellen wir fest: der Präsident Leinert schloß wegen eines in Abwehr gefallenen Zwischenrufes den Abgeordneten Katz aus. Er unterließ es aber, gegen die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, die zu rohen Gewalttätigkeiten übergingen, irgend etwas zu unternehmen.

Die Maßnahmen gegen den Abgeordneten Katz sind ein Schlag, der die Opposition der kommunistischen Fraktion politisch treffen soll. Demgegenüber weisen wir mit aller Entschiedenheit darauf hin, daß der Landtag nicht befugt ist, durch geschäftsordnungsmäßige Bestimmungen die verfassungsmäßigen Rechte eines Abgeordneten in irgend einer Weise zu beschränken. Der Ausschluß des Abgeordneten Katz ist also ein unerhörter Verfassungsbruch.

Das Proletariat soll wissen, daß dieser Gewaltstreich von den Sozialdemokraten unter freudiger Zustimmung aller Parteien, einschließlich der Deutschnationalen, verübt wurde.

Die Stunde erfordert die Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats zum Kampf

gegen drohende weitere wirtschaftliche Verelendung,

gegen ungeheuerliche Ausbeutung, Auswucherung und Steuerbelastung,

gegen die Zertrümmerung des Achtstundentages und

gegen die Niederknüppelung der Arbeiterklasse durch die Faszisten.

Wir überlassen es dem Urteil der Arbeiterklasse, was in diesem Augenblick das Verhalten der sozialdemokratischen Führerschaft in Preußen bedeutet.

*

Der vorbereitete Ueberfall.

Die Presse gegen die sozialdemokratische Knüppelgarde.

Der Ueberfall der sozialdemokratischen Knüppelgarde auf die kommunistische Fraktion im preußischen Landtag wird von der ganzen Presse als eine wohlvorbereitete Aktion der VSPD.-Führerschaft gegen die Kommunisten zugegeben.

Selbst der „Vorwärts“, der die Frechheit hat, von dem durch die Spitzel der Abteilung Ia am Betreten des Landtagssitzungssaales gehinderten Genossen Katz als einem „ausgesperrten Rüpel“ zu sprechen, kann die Wahrheit nicht ganz vertuschen. Aus seinem Schimpfen auf die Kommunisten und aus seinem Bericht über die Sitzung ergibt sich klar, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten unsere Genossen überfallen haben, um sie zu verhindern, noch einmal zur Märzaktion zu sprechen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, daß es sich um einen von den Sozialdemokraten vorbereiteten Plan gehandelt habe; der Hauptunterschied gegen frühere Vorgänge liege darin: „... daß es sich diesmal nicht, wie es zunächst den Anschein hatte, um eine Explosion des Augenblicks, sondern um eine geradezu vorbereitete handgreifliche Auseinandersetzung gehandelt hat. Die Sozialdemokraten waren von vornherein gewillt, die kommunistische (politische!) Herausforderung mit den Fäusten zu beantworten.“

Zu diesem Zweck habe die SPD.-Fraktion einen Saalschutz vorbereitet. Im übrigen erklärt die „Deutsche Tageszeitung“, der sozialdemokratische Antrag auf Errichtung einer Parlamentswache sei schon längst von deutschnationaler Seite angeregt worden.

Aus den Landtagsberichten im „Berliner Tageblatt“ und der „Vossischen Zeitung“ geht ebenso, wie aus dem Bericht des „Acht-Uhr-Abendblattes“ klar hervor, daß die sozialdemokratische Fraktion mit Fäusten die politischen Angriffe der Kommunisten hat niederschlagen wollen.

Das „8-Uhr-Abend-Blatt“ schreibt über den **schmachvollen Ueberfall der VSPD.-Fraktion** des Preußischen Landtages **auf unsere Genossen:**

Es gab höchst erregte Geschäftsordnungsdebatten, bei denen schwere Beleidigungen zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten ausgetauscht werden. Als der kommunistische Abgeordnete Katz den Sozialdemokraten von der Rednertribüne aus zurief: „Schmieriges Gesindel“, rief der sozialdemokratische Abgeordnete Orczinski: „Holt doch den Hund herunter!“

In diesem Augenblick trat der offizielle Saalschutz der sozialdemokratischen Fraktion in Aktion, stürzte sich auf den Redner, **riß ihn von der Rednertribüne herunter und prügelte mit Fäusten auf ihn ein.**

Damit wird von bürgerlicher Seite offen zugegeben, daß es sich um eine planmäßig vorbereitete Aktion der VSPD.-Fraktion auf unsere Genossen gehandelt hat. Heilmann hat den Plan entworfen, Orczinski hat das Stichwort gegeben: und die offizielle sozialdemokratische Knüppelgarde hat gehauen.

Die künftige Brotversorgung

Von H. Rau.

Die Regierung ließ der Presse eine Darlegung über die künftige Gestaltung der Brotversorgung nach der Beseitigung der Getreideumlage zugehen. Es soll eine Getreidereserve in Höhe bis zu 3½ Millionen Tonnen der Regierung zur Verfügung gestellt werden. Die Getreidereserve soll in Höhe von etwa 1½ Millionen Tonnen aus der Inlandsproduktion entnommen werden, während der übrige Teil durch Einfuhr beschafft werden soll. Der Ankauf von Inlandsgetreide erfolgt zu Freihandelspreisen, die annähernd den Valutapreisen für Auslandsgetreide entsprechen. Eine ungeheure Brotpreissteigerung ist die Folge.

Nach den amtlichen Mitteilungen will die Regierung eine Verbilligungsaktion einleiten. Es soll eine einmalige Steuer in Höhe der Zwangsanleihe auf die Zwangsanleihepflichtigen gelegt werden. Das entspricht einem Betrag von zirka 200 Milliarden Papiermark. Diese Summe reicht nicht einmal aus, den jetzt von der sogenannten Wohlfahrtspflege erfaßten Rentenempfängern und Bedürftigen Brot zu beschaffen zu einem Preis, der dem Verhältnis des jetzigen Preises zwischen Markenbrot und Freihandelsbrot entspricht. Die ganze übrige arbeitende Bevölkerung ist damit auf die Beschaffung des teuren Freihandelsbrotes angewiesen.

Selbst gegen das Almosen, das die Cuno-Regierung den kapitalistischen Kreisen abzunehmen gedenkt, sträuben sich die Industrie- und Agrarkapitalisten. Die Deutschnationalen verlangen, daß die Gehalts- und Lohnempfänger nicht nur der Auswucherung durch hohe Brotpreise ausgeliefert werden, sondern obendrein noch die Verbilligungssummen für das Brot der ärmsten der Armen mit aufbringen.

Unter den Fittichen der „nationalen Einheitsfront“ wird dem Proletariat Schlag auf Schlag versetzt. Mit Hilfe der Cuno-Regierung werden die Löhne „stabilisiert“, während die Bahn für die tüchtigsten Wucherer frei gemacht wird. Den schamlosesten Preissteigerungen ist das Proletariat ausgesetzt. Die Getreidepreise wurden in den letzten 14 Tagen vom 5000fachen auf das 7000fache der Vorkriegszeit erhöht. Die paar lumpigen Papiermark, die die Agrarkapitalisten hernach zur Brotverbilligung auswerfen, werden vorher schon hundertfach eingetrieben. Werden die Brotpreise auch nur für die Rentenempfänger um 10 Prozent „verbilligt“, so geht dem voraus eine Steigerung um 100 Prozent. Triumphierend setzen die Großbauern und Junker dem Proletariat den Fuß in den Nacken, nachdem der letzte schwache Wall, die Getreideumlage, gegen die agrarkapitalistische Wucherflut beseitigt ist.

„Die Not des Volkes muß über die agrarischen Ausbeuter, wenn es nicht zugrunde gehen soll, den Sieg davontragen!“ So schrieb am 14. Oktober 1922 das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“. Inzwischen hat die agrarkapitalistische Offensive, geführt unter grober Produktionssabotage, über die Not des Volkes gesiegt — dank der Führer der SPD.

Bei Festlegung der Umlage im Jahre 1922 stemmten sich SPD.-Führer gegen die von den Kommunisten im Reichstag gestellten Forderungen auf Anbau- und Düngungszwang unter Kontrolle der Landarbeiterschaft, wie auch gegen die Forderung auf staatliche Erfassung von 4½ Millionen Tonnen Brotgetreide mit Hilfe der Landarbeiterorgane. Mehr noch als im Parlament setzten sich die SPD.-Führer gegen die Durchführung der notwendigen Maßnahmen durch außerparlamentarischen Kampf ein. Im Interesse der Koalitionsregierung Wirth

mordes eingeleitete Aktion nicht weiter geführt bis zur Produktionskontrolle und Bildung einer Arbeiterregierung, sondern die Aktion wurde sabotiert, die Kontrollausschußbewegung mit allen Mitteln bekämpft, wie dies heute noch der Fall ist. All dies ermöglichte den Großbauern und Junkern ihre Produktionssabotage zur Erringung der Wucherfreiheit ungehindert durchzuführen.

12 Millionen Morgen Land ließen die Agrarkapitalisten im letzten Jahre völlig unbebaut liegen! **Das bedeutet einen Verlust von zirka 70 Millionen Zentner Brotgetreide, die auf dieser Fläche hätten gebaut werden können.** Neben dieser Fläche völlig unbebauten Landes wurden weitere große Teile guten Ackerbodens in Wiesen und Weideland umgewandelt, ferner wurde die Anwendung des zur Steigerung der Produktion notwendigen Kunstdüngers unterlassen.

Im Interesse der Cunoregierung und der nationalen Einheitsfront, aus Angst vor der Revolution kapitulierten auch diesmal wieder bei der Beratung der künftigen Getreidebewirtschaftung die Führer der SPD., widersetzten sich jeder Aktivität der Arbeiterschaft und ihrer Kontrollorgane, ermöglichten dadurch die Weiterführung der Agrarkapitalistischen Offensive außenparlamentarisch und strichen demzufolge gleichzeitig im Parlament die Segel vor den grünen Junkern.

„Man sollte wirklich annehmen, daß die Einsicht über die Unproduktivität jeglicher Zwangswirtschaft endlich Gemeingut aller wirtschaftlich einigermaßen erfahrener Leute geworden sei." So belehrt der Sozialdemokrat Max Cohen in seine sozialdemokratischen Freunde. Und richtig, der Sozialistischen Agrarkorrespondenz Nr. 7 als „erfahrene Leute" gaben sie die Umlage preis, verdeckt durch einen Antrag, der die Agrarkapitalisten zu größerer Verwendung von Stickstoff zwingen sollte. Dieser Stickstoffbelieferungsantrag ist nichts weiter als eine schlechte Maskierung für den Rückzug. Ohne die Erkämpfung der Produktionskontrolle durch das Proletariat ist ein Düngungszwang auf den großen Gütern undurchführbar. Der Widerstand, den die SPD.-Führer dem Kampf um die Produktionskontrolle entgegensetzen, zeigt, daß ihr Antrag elende Heuchelei ist.

Will das Proletariat sich Brot zu erschwinglichen Preisen beschaffen, dann muß es seine ganze Kraft einsetzen, um die Kontrolle der Produktion und Preise, deren wirksame Durchführung die Erkämpfung einer Arbeiterregierung erfordert. Es gilt Front zu machen gegen die kapitalistische Ernährungspolitik der sozialdemokratischen Führer, gegen die Wucherpolitik der Agrarkapitalisten und ihrer Lakaien wie Max Cohen. Nicht kapitalistische Almosen hat das Proletariat zu fordern, sondern es gilt zu kämpfen unter Führung der proletarischen Kontrollausschüsse.

für Anbau- und Düngungszwang und restlose Erfassung der Nahrungsmittel auf den großen Gütern,

für proletarische Produktions-, Verteilungs- und Preiskontrolle über die Nahrungsmittel,

für eine Arbeiterregierung!

Kampf um die Einheitsfront in Sachsen.

Der Stinnes-Flügel der VSPD. sabotiert.

Chemnitz, 5. Mai.

Der rechte VSPD.-Flügel Sachsens ist zum offenen Kampf gegen die Regierung Zeigner und die Siebenerkommission übergegangen. Heute erhielt der Landesvorstand der KPD. Sachsens vom Landesausschuß der VSPD. Sachsens eine Mitteilung, daß dieser die Richtlinien der Siebenerkommission zur Organisierung von gemeinsamen Abwehrhundertschaften in Sachsen ablehne. Damit sind die Richtlinien, die seinerzeit zur Bildung der Regierung Zeigner geführt haben, durchbrochen.

Der Landesvorstand der Kommunistischen Partei beschloß in seiner heutigen Sitzung einen Aufruf an die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens, in dem klar gezeigt wird, in welch [illegible] Weise der rechte Flügel der VSPD. die Richtlinien sabotierte und den Kampf gegen die Siebenerkommission und die Regierung Zeigner organisierte. Der Landesvorstand fordert die sozialdemokratische Arbeiterschaft auf, mit aller Kraft die Hintertreibung der proletarischen Einheitsfront in Sachsen zu verhindern und gemäß den Richtlinien der Siebenerkommission zu dem Aufbau der gemeinsamen Abwehrformationen zu schreiten. Gleichzeitig wird eine erneute Mahnung an die Siebenerkommission gerichtet, die mit ihrer schwankenden unentschlossenen Haltung erst den richtigen Boden für die Sabotage der rechten VSPD.-Führer geschaffen hat.

In der gleichen Sitzung beschloß der Landesvorstand, ein Schreiben an den Landesausschuß der VSPD. zu richten, in dem mitgeteilt wird, daß die kommunistische Partei Sachsens die Entscheidung des Landesausschusses der VSPD. ablehne, und in dem die Siebenerkommission aufgefordert wird, gemäß der ihr am Landes-Parteitag in Dresden erteilten Aufträge über die Durchführung der Richtlinien zu wachen. An die Siebenerkommission wurde ein Schreiben gerichtet, in dem diese befristet aufgefordert wird, zu der Sabotage der rechte Führer klar Stellung zu nehmen und gemeinsam mit der Kommunistischen Partei den

Die gegenwärtige Situation in Sachsen bedeutet eine ernste Bedrohung der Regierung Zeigner. Die Kommunistische Partei Sachsens ist nach wie vor gewillt, die Regierung Zeigner zu unterstützen, jedoch nur auf der politischen Basis, auf der sie gebildet wurde, nämlich der Abmachungen zwischen der KPD. und der Siebenerkommission der sozialdemokratischen Arbeiter. **Es ist ebenso klar, daß die Kommunistische Partei bei Durchbrechung der Vereinbarungen der Regierung Zeigner das Vertrauen entziehen wird.**

Gegenwärtig ist es die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei Sachsens, alle Parteikräfte zu mobilisieren, um die sozialdemokratischen Klassengenossen zum Widerstand gegen die arbeiterfeindliche Politik der Koalitionspolitiker aufzurufen.

Stinnes-Stresemann für die Koalition mit der VSPD.

Nach einer Meldung der „Montagspost" aus Eisenach sprach dort gestern der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, in einer Versammlung über die politische Lage. Er bezeichnete **die Einheitsfront von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten** als die in der heutigen Zeit einzig mögliche Parteikonstellation.

Das Liebeswerben zwischen dem Herrn Stinnesagenten Stresemann und der — Jungfrau VSPD. wird immer herzlicher. Wann werden sie in das Brautbett der Großen Koalition steigen? Leider besteht die Mitgift der Braut in der restlosen Verschacherung der Arbeiterinteressen an die Stinnespolitik!

Poincaré-Note an Cuno

Die Havas-Agentur veröffentlicht den Text der Antwort Poincares an Cuno. Es wird darin noch einmal festgestellt, daß Deutschland nicht einmal seine herabgesetzten Verpflichtungen erfüllt habe. Deshalb haben Frankreich und Belgien Pfänder genommen. Es heißt dann wörtlich:

„Die belgische und französische Regierung könne keinen deutschen Vorschlag in Berücksichtigung ziehen, solange dieser Widerstand fortgesetzt wird. Die französische und die belgische Regierung müssen hinzufügen, daß die jetzigen Vorschläge Deutschlands in mehreren Hinsichten vollkommen unannehmbar sind. — In erster Linie stellen die tatsächlichen Ziffern nur ein Viertel der Summe dar, die die Reparationskommission festgesetzt hat und die von Deutschland als der Betrag seiner Schulden gegenüber den Alliierten anerkannt worden sei. Frankreich und Belgien haben wiederholt erklärt, und sie sind gezwungen, es hier nochmals zu sagen, daß sie die Herabsetzung ihrer eigenen Forderung nicht annehmen können und daß, wenn sie bereit sind, einen Teil mit den alliierten Schulden zu kompensieren, sie in die materielle Notwendigkeit gesetzt sind, den Restbetrag zu empfangen, um die schrecklichen Verwüstungen zu beseitigen, die der deutsche Einfall verursacht hat. Das Angebot von 30 Milliarden, das die deutsche Regierung gemacht hat, enthält übrigens, nach einem von der deutschen Regierung selbst gebrauchten Ausdruck, eine gewisse Elastizität, deren Willkür und Gefahr man nicht nötig hat, zu zeigen. Die Zahlen, die angegeben wurden, würden nach der deutschen Regierung ein Maximum bilden und es würde Deutschland leicht sein, sie wieder zur Diskussion zu stellen, bevor sie Wirklichkeit geworden sind. Tatsächlich handelt es sich bei dem deutschen Vorschlage nur um eine nominelle und scheinbare Summe von 30 Milliarden Goldmark. Der tatsächliche Betrag rechnet erst vom Juli 1927 und das für eine Summe von nur 20 Milliarden Mark. Deutschland verlangt also ein völliges Moratorium von zunächst 4½ Jahren, gerechnet vom 1. Januar 1923, dem Tage, an dem der Londoner Zahlungsplan von der Reparationskommission wieder in Kraft gesetzt worden ist. Die Summe von 20 Milliarden ermäßigt sich übrigens noch beträchtlich, weil bis zum 1. Juli 1927 die Zinsen von dem Betrag der Anleihe genommen werden sollen. Wenn man einen Diskont von 6 Prozent rechnet, so sinkt der augenblickliche Wert der 20 Milliarden also auf 15 Milliarden 823 Millionen herab. Diese ungenauen Vorschläge sind übrigens von Vorbehalten begleitet, die gestatten würden, in einigen Monaten wieder alles in Frage zu stellen. Die deutsche Regierung garantiert nicht einmal, daß 20 Milliarden oder die geringere Summe, die sie ins Auge faßt, tatsächlich an den genannten Daten bezahlt werden. Uebrigens haben die französische und die belgische Regierung auf der Pariser Konferenz in gegenseitigem Einvernehmen den Gedanken ausgeschaltet, daß etwa die Reparationskommission ihrer Kompetenz entkleidet und durch internationale Ausschüsse von Geschäftsleuten, Schiedsgerichten ersetzt wird. Genau so unsinnig und illusorisch sind die Angaben der deutschen Regierung über die Sicherheitsgarantien, die sie, wie sie erklärt, Frankreich zu bieten bereit sind. In diesem Zusammenhange, ebenso wie in der Reparationsfrage können Frankreich und Belgien sich nicht mit den deutschen Vorschlägen begnügen. Sie brauchen Sicherheiten. Als Gegenleistung für zum Teil unannehmbare und zum Teil unzulängliche Vorschläge beansprucht die deutsche Regierung, daß der Ausgangspunkt der Verhandlungen sein müßte, daß der Status quo ante des Friedensvertrages wieder hergestellt wird. Die belgische und die französische Regierung haben beschlossen, die neu besetzten Gebiete nur nach Maßgabe und im Verhältnis der geleisteten Zahlungen zu räumen. An diesem Beschluß haben sie nichts zu ändern.

Ein Zwanzigmarkstück 125 000 Mark. Laut Mitteilung der Reichsbank ist mit Wirkung vom 7. d. Mts. ab bis auf weiteres der Goldankaufspreis auf das [illegible]fache des Nenn-

Reichswehrparade vor Eitel Friedrich von Preußen

Am Freitag abend nahmen Hindenburg und Prinz Eitel Friedrich von Preußen in der Kaserne des ehemaligen Gardeschützen-Bataillons in Lichterfelde eine Parade von den dort stationierten Reichswehrtruppen ab.

Der „Vorwärts" berichtet darüber: Abends 6 Uhr wurde die deutsche Kriegsflagge auf dem Turm der Kaserne aufgezogen. Gegen 7 Uhr erschienen zwei Autos, Hindenburg und Eitel Friedrich. Die angesammelte Bourgeoismenge brachte ihnen monarchistische Ovationen dar. Die verstärkte Reichswehrwache salutierte. Anwesende Schupobeamte verhielten sich passiv. In der Kaserne nahmen die beiden eine Huldigung der Truppen entgegen. Den Abschluß bildete gegen 9 Uhr ein Fackelzug mit Zapfenstreich auf dem von Menschen dicht gefüllten Kasernenhofe. Das geschah nicht in München, sondern in Berlin! Der Aufmarsch der Reaktion ist in vollem Gange. Und der Gegenaufmarsch der gemeinsamen proletarischen Hundertschaften?

Faszistenüberfälle in München

Reichswehr und Polizei lieferten die Waffen

Am Abend des 3. Mai überfielen bewaffnete Nationalsozialisten wieder eine Versammlung der sozialdemokratischen Jugend in München. Die Faszisten schossen mit Militärgewehren wütend in die Versammelten. Ein Jugendgenosse wurde durch einen Schenkelschuß schwer verwundet, mehrere andere leichter verletzt. Eine andere bewaffnete Abteilung von Nationalsozialisten überfiel eine Arbeiterversammlung am Mariahilfsplatz.

•

Der Sozialdemokrat Auer stellte fest, daß die Münchener Polizei den Hitler-Garden die Waffen abgegeben habe. Trotzdem erklärte er in echt reformistischer Weise, daß er gemeinsam mit Schweyer die gut organisierten sozialdemokratischen Hundertschaften, die am 1. Mai uniformiert, leider nur mit Spazierstöcken versehen, in Stärke von 10 000 bis 12 000 Mann aufmarschiert waren, auflösen werde, ja, diese Stunde begrüßen würde, wenn Schweyer die nationalsozialistischen Garden auflöse (!)

Die Arbeiterschaft kann nicht abrüsten, sie muß sich im Gegenteil noch eifriger und besser zur Abwehr organisieren. Die Schweyer-Regierung ist eine Faszistenregierung durch und durch. Wenn die sozialdemokratischen Führer auf Grund der heuchlerischen Versprechungen eines Schweyer die Abwehrorganisationen der Arbeiterschaft auflösen wollten, so wäre dies verbrecherischer Verrat. Nur die zum Abwehrkampf organisierte Arbeiterschaft kann die tollen Horden in Schach halten und niederschlagen.

Vorbereitungen der Faszisten

Roßbachs Werbebüro in Wannsee funktioniert unter Leitung seiner Schwester ungehindert weiter. Roßbach sitzt zwar, wenn er nicht gerade beurlaubt ist, aber seine Vertreter verschicken auch ohne ihn die Leute nach Oberschlesien und wohin sie ihre Leute sonst dirigieren wollen. Man spricht übrigens ganz offen davon, daß die Orgesch- und Faszistenkreise im Mai (vielfach wird vom 25. Mai gesprochen) losschlagen wollen. Es sind auch wieder Provokateure am Werk. Es gilt, die Augen auf zu halten!

Proletarische Hundertschaften

Trotz aller Sabotageversuche schreitet die Bildung gemeinsamer Abwehrhundertschaften im Proletariat fort. So haben die Arbeiter jetzt auch in Wittenberg und anderen Elbe-Städten sich in Abwehrfront zu Hundertschaften zusammengeschlossen. Ebenso geht es in Hannover vorwärts, wo nunmehr auch in Celle mit überwältigender Stimmenmehrheit in den Gewerkschaften und Betrieben beschlossen worden ist, sofort Abwehrhundertschaften zu bilden. Eine Kommission aus je 3 Vertretern der SPD. und KPD. und das Gewerkschaftskartell sollen die notwendigen Schritte sofort einleiten. Zur Erhöhung der Kampfstimmung hat es beigetragen, daß man in Hannover den Stahlhelm legalisiert hat, wodurch den dortigen Faszisten mächtig der Kamm geschwollen ist. Die Arbeiterklasse wird den faszistischen Provokationen ein Paroli bieten.

In Sachsen ist gleichfalls eine starke Bewegung für die proletarische Einheitsfront zur Abwehr des Faszismus auch gegen den Willen der Buck-Lipinski-Leute im Gange. So wurde in einer gemeinsamen Sitzung der Leitung der KPD. und VSPD. die Bildung von gemeinsamen Abwehrformationen für Oschatz beschlossen. — Die Eisenbahn-Hundertschaft in Gera der ostthüringischen Hochburg der VSPD. erklärte, daß sie sich dem sozialdemokratischen Parteiordnungsdienst nicht eingliedern werde, sondern sie besteht darauf, daß ein gemeinsamer Selbstschutz gebildet wird.

Die Düsseldorfer „Freiheit" von den Franzosen verboten

Düsseldorf, 5. Mai.

Zwei französische Gendarmen erschienen auf der Redaktion der „Freiheit", unserem kommunistischen Bruderblatt, und überbrachten einen Befehl des französischen Kommandierenden Generals, nach dem die Zeitung auf zwei Monate verboten wird. Gründe sind nach nicht angegeben.

Und die bürgerliche Journaille wagt noch immer

Betriebsratswahlergebnisse

Wachsender Einfluß der KPD.

Nachstehende Resultate von stattgefundenen Betriebsratswahlen beweisen wiederum, daß der Einfluß der Kommunisten bei den Arbeitermassen immer größer wird. Es wurden gewählt: auf Wallers Hoffnung bei Stedten 6 KPD. und 4 mit uns sympathisierende Parteilose. Zirkelschacht (Mansfelder A.-G.) 6 KPD., 2 VSPD., 1 Christl.; Vitztumschacht 5 KPD.; Spürhütte 3 KPD.; Paulschacht 6 KPD.; Silberhütte 6 KPD.; Elektronwerk Griesheim Teutschenthal 2 KPD., 1 USPD., 1 Parteiloser, 2 Beamte; Firma Siegel u. Co., Wittenberg 3 KPD., 2 Parteilose.

Gegen den Raub des russischen Brotes!

Der Düsseldorfer Kontrollausschuß richtet einen Aufruf an die werktätige Bevölkerung in Düsseldorf, in der schärfstens gegen die Beschlagnahme von 120 Waggons russischen Brotgetreides protestiert wird. Er teilt mit, daß allein in Düsseldorf sich bereits 14 000 notleidende Familien in die Verteilungslisten eingetragen haben. Der Aufruf schließt:

„Die Arbeiterschaft muß gegen das Vorgehen der Besatzungsbehörden Sturm laufen und sofort in allen Betrieben und in den Gewerkschaftsversammlungen zu dieser Frage Stellung nehmen. Wir fordern die Betriebsräte und Belegschaften auf, die Protestaktion sofort in die Wege zu leiten."

Auch im unbesetzten Deutschland müssen die Arbeiter gegen diesen Gewaltstreich des französisch-belgischen Militarismus Protest erheben.

Die Kontrolle des Handels in Rußland.

Der Allrussische Zentral-Vollzugsausschuß und der Rat der Volkskommissare haben einen Erlaß herausgegeben, der die Handelsgeschäfte in Rußland unter eine strenge Kontrolle der Behörden stelle. Demnach müssen sämtliche Firmen und Einzelpersonen, die in Rußland Handel treiben wollen, eine ausdrückliche Erlaubnis des russischen Staates dafür erhalten. Das gilt auch für die schon bestehenden Firmen. Personen, die im Staatsdienst sind, ist es verboten, irgendwelche Firmen oder Organisationen zu vertreten. Dieser Erlaß hat Gültigkeit sowohl für das eigentliche Rußland, wie auch für alle Bundesrepubliken.

Das Leder wird wieder teurer!

Nachdem im April die Preise für Lederwaren etwas zurückgegangen waren, kann sich der Konsument nun wieder auf eine ungeheure Verteuerung gefaßt machen. In den letzten Tagen hat sich am Häutemarkt eine geradezu katastrophale Preissteigerung vollzogen. Die am 3. Mai in Cassel abgehaltene mitteldeutsche Häuteauktion brachte für Großviehhäute 60 Prozent Aufschlag gegenüber den Notierungen der letzten Thüringer Auktion.

Die Unternehmer haben eine gute Nase für den Dollarstand von 40 000. Sie überbieten ihn, noch ehe man beim besten Willen die heuchlerische Entschuldigung von der „Auswirkung der Markentwertung" anbringen kann.

Der Luxemburgmörder Leutnant Vogel. Die holländische sozialdemokratische Zeitung „Het Volk" kommt nochmals auf die Tätigkeit des Luxemburgmörders, Leutnant Vogel, als Flugleiter im Dienste der holländischen und deutschen Regierung zu sprechen. Vogel genießt in Holland die größte Bewegungsfreiheit und hält sich dort unter dem Namen eines Majors Ingen auf. Den Monarchisten geht es in Republiken und Monarchien gut, man kennt sie, und befördert sie auch, wenn sie zum Schein unter falschem Namen ihr Handwerk weitertreiben.

Vom Tage

Gewittersturm über Berlin

Gestern nachmittag entlud sich über Berlin ein schweres Gewitter mit heftigem Platzregen und auch Hagelschauern. Die Berliner Feuerwehr mußte etwa in 200 Fällen in Tätigkeit treten. Lagerräume und Kellerräume waren von den Wassermassen überschwemmt worden. In einigen Berliner Vororten schlug der Blitz in die Oberleitungen der Straßenbahnen, was Betriebsstockungen zur Folge hatte. — Auf dem Müggelsee kenterte bei schwerem Gewittersturm ein Ruderboot. Von den vier Insassen konnten drei von der Rettungsstation gerettet werden, während eine Dame ertrank.

Stinnes jun. schwer verunglückt

Anläßlich einer Besichtigung der Riebeckschen Montanwerke im Oberröblinger Revier weilte seit einigen Tagen Stinnes jun. in der Mansfelder Gegend. Nach der Besichtigung der Bitumfabrik wollte er mit seiner weiblichen Begleitung per Auto weiterfahren. Kurz vor Unterröblingen brach das Steuer weg. Das Auto fuhr gegen einen Baum. Stinnes und seine Begleiterin stürzten kopfüber durch die Schutzscheibe und blieben schwerverletzt liegen. Herbeigerufene Aerzte erklärten, wenig Hoffnung zu haben bezüglich der Herstellung des jungen Mannes. Der Chauffeur kam mit Haut-

Beilage zur „Schlesischen Arbeiter-Zeitung"

Nummer 105 — 5. Jahrgang.

Aus Breslau

Rentnermesse

Urväterhausrat ausgestapelt. Eine Rumpelkammer aus wilhelminischer Zeit. Bibeln und Tischdecken, zerfetzte Noten neben orientalischen Decken. Prachtwerke in Ganzleder und Ganzleinen. Geschliffene Gläser, Kronleuchter, Bücherschränke, Schuhe — alles, was im bürgerlichen Haushalte den an und für sich bescheidenen Luxus darstellte, was seit Generationen sich vererbt hatte. Das alte Bürgertum bietet sich auf Abbruch an.

Um die Tische bei Barasch aufdringlich-geschäftige Wohltätigkeit. Man kennt diese charitativ tätigen Damen noch von der Kriegsgefangenenheimkehr, von der O.-S.-Hilfe her. Und nicht zu vergessen, von den unzähligen Wohltätigkeitsfesten, wo zum Besten der Armen man sich prachtvoll amüsierte. Auch diese Verkaufstätigkeit ist für sie Amüsement. (Besichtigung der Reste einer untergegangenen Klasse 200 Mark. Sensation! Bitte einzutreten! Hier sieht man garantiert echtes Elend!) Man fragt sich: Ist diese Messe geeignet, den verarmten Kleinkapitalisten zu helfen? Diesen Menschen, die fünfzig Jahre darbten im Dienste des Kapitals, um sich einen ruhigen Lebensabend zu sichern?

Wir antworten: Nein! Die wenigen tausend Mark, die ihnen aus Verschleudern letzten Besitzes zufließen, sind in vier Wochen zu Ende. Dann kommt wieder der Hunger.

Wenn wir auch menschlich mit dem Einzelnen Mitleid haben, müssen wir Revolutionäre froh sein, daß dieses Kleinbürgertum, dieser Hemmschuh jeder revolutionären Entwicklung tot ist. wollen dieser Klasse ein ehrliches Leichenbegängnis gönnen.

Für die aber, die mit demütig gezogenem Hut an den Straßen milde Gaben heischen, fordern wir volle Erwerbslosen-Unterstützung.

Denn Bettelerlaubnis zu teilen, ist eines modernen (wenn auch noch bürgerlichen Staates unwürdig

Die deutsche Republik der Cuno und Ebert sollte sich endlich auf ihre Pflicht gegenüber dem Ausgepowerten besinnen. Es ist höchste Zeit!

Die Maifeier in Oberschlesien

Der 1. Mai im Zeichen der Sowjetfahnen: 12-15000 Arbeiter in Beuthen, 40000 in Hindenburg. Unerhörte Provokationen der Orgesch in Beuthen und Sosnitza

Die Maifeier in Oberschlesien fand unter außerordentlich starker Beteiligung der Arbeiterschaft statt.

In Beuthen

demonstrierten cirka 12- bis 15 000 Arbeiter unter dem Zeichen der Sowjetfahnen.

In Hindenburg

etwa 40 000 ebenfalls unter unseren Fahnen.

In Gleiwitz

nahmen am Demonstrationszug etwa

15 000 Arbeiter

teil. Für unsere Partei sprach der kürzlich verhaftet gewesene Genosse B e h r - Gleiwitz und der frühere Reichstagsabgeordnete Becker für die VSPD.

In Sosnitza

drangen abends kurz vor 12 Uhr 6 bis 8 mit Gewehren bewaffnete Faszisten in den Hoffmann'schen Saal, gaben durch die Tür eine Salve ab, wodurch ein Arbeiter einen Schuß durch die Hand erhielt. Ein anderer wurde durch Glassplitter in die Augen schwer verletzt und liegt im Krankenhaus. Nur dem schnellen Zufassen einiger Parteigenossen, die die Gewehre beiseite rissen, wodurch sich der eine nicht unerheblich verletzte, ist es zu verdanken, daß nicht eine zweite Salve größeres Unheil anrichten konnte.

Die Faszisten rissen darnach aus. Zwei Schupo-Beamte, die zum Schutz der Maifeier beordert waren, da schon am Nachmittag der Festleitung eine Warnung zugegangen war, fehlten mit den Arbeitern der Gesellschaft nach. Auf der Straße trafen sie einen Trupp von ca. 30 dieser Faszisten.

Der Bahnschutz, der zu Hilfe angerufen war, schoß gemeinsam mit den Faszisten gegen die Arbeiter und Schupo.

Das ist natürlich kein Wunder, haben doch diese Faszisten ihre Gewehre und Munition erst zum Zwecke des Ueberfalles vom Bahnschutz erhalten.

Zu den von uns bereits berichteten Provokationen in Beuthen wird uns noch mitgeteilt, daß

100 Roßbachleute

den Demonstrationszug zu stören suchten. Es war nur der Ruhe und Besonnenheit der Arbeiterschaft zu danken, daß es nicht zum Blutvergießen kam.

Im übrigen haben sich die Verhältnisse in Oberschlesien in den letzten Wochen so zugespitzt, daß die Verhältnisse dort ganz und gar den bayrischen gleichen. Und wenn die bayrischen Nationalsozialisten vor einigen Monaten erklärten, daß

Oberschlesien ein zweites Bayern

werden müsse, so können wir konstatieren, daß dieser Zustand heute erreicht ist. Unsere Genossen werden nicht nur des abends, sondern bereits am hellen Tage von Orgeschbanden überfallen.

Versammlungsbedrohungen durch die Faszisten sind an der Tagesordnung. Vor einigen Tagen konnte eine angesetzte Versammlung in Hindenburg, wo der Genosse Jadasch sprechen sollte nicht stattfinden, da das Lokal von bewaffneter Orgesch besetzt war und es unzweifel- zu blutigen Zusammenstößen gekommen wäre.

Erfreulicherweise erkennt die klassenbewußte Arbeiterschaft in Oberschlesien immer mehr, daß der faszistische Spuk nicht durch die Behörden, sondern nur durch die Selbsthilfe des Proletariats und die **Gründung proletarischer Hundertschaften** gebannt werden kann.

Die oberschlesische Arbeiterschaft hat den Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen und wird nicht eher ruhen, bis die Orgeschnester ausgeräuchert sind und Oberschlesien von der Schmach ein zweites Bayern zu sein befreit wird.

Unerhörte Vorgänge bei einer Auktion

Verschimmeltes Brot wird verauktioniert. Die Händler treiben die Preise in die Höhe. Arbeiter und Angestellte gehen leer aus.

Wie uns mitgeteilt wird, fand am Donnerstag im Eisenbahn-Direktions-Gebäude eine Auktion statt, bei der in den Eisenbahnwagen gefundene, herrenlose Fundsachen versteigert wurden. Nach den Bestimmungen sollen bei derartigen Auktionen die Eisenbahnarbeiter und -Angestellten das erste Anrecht auf Erwerbung dieser Fundsachen haben. Trotzdem wurden die Waren von den Händlern auf solche Höhe getrieben, daß es für die Proletarier und Proletarierfrauen unmöglich war, irgend etwas zu erwerben. So z. B. wurden Hemdenstoffe, welche die Eisenbahnerfrauen bei den Hungerlöhnen ihrer Männer kaum erschwingen können, auf märchenhafte Höhe getrieben.

Das Tollste bei der Aktion war aber, daß auch vollkommen harte und verschimmelte Brote zur Auktion kamen. Einer unserer Genossen fragte einen Beamten, warum denn die Brote nicht noch im frischen Zustande an die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben werden. Unserm Genossen wurde daraufhin erklärt, nach den bestehenden Bestimmungen müßten die Fundsachen drei Monate aufbewahrt werden! Das Brot könne ja als Viehfutter verwendet werden. In einer Zeit, wo Tausende Erwerbslose, Invaliden und Sozialrentner buchstäblich verhungern und sich jede Krume Brot aus dem Müllhaufen auflesen, läßt also die Eisenbahnverwaltung frische Brote verschimmeln, um sie dann als Viehfutter auf der Auktion zu versteigern. Wie uns von einem Teilnehmer der Auktion mitgeteilt wird, handelte es sich um eine Anzahl großer Brote, die einen ganzen Tisch füllten.

Was sagt die Eisenbahnverwaltung zu solcher Verschwendung von Lebensmitteln?

Gegen Wucher und Schiebertum

Der Konditor Kurt Glatzel, Scheitnigerstr. 54, ist wegen Schleichhandel und Preistreiberei zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten zuzüglich einer Geldstrafe von 60 000 Mark verurteilt worden. Ueber den Kaufmann Ludwig Benda, Am Sauerbrunnen 11, wurde wegen übermäßiger Provisionsforderung eine Geldstrafe von 800 000 Mark, den Kellner Erich Rösner, Albrechtsstraße 37, wegen Kettenhandels und unbefugten Handels mit Arzneimitteln eine Geldstrafe von 150 000 Mark, über die Putzmacherin Gerda Puschel, Gellhornstraße 8, wegen Beihilfe zum Kettenhandel eine Geldstrafe von 80 000 Mark, über den Arbeiter Alfred Klosa, Ofenerstraße 116, wegen Schleichhandels eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten verhängt.

Aus der Provinz

Jäger und Hilfsförster schießen auf Arbeiterkinder

Was sagt der Herr Staatsanwalt?

Von zuverlässiger Seite wird uns folgender kaum glaublicher Vorfall aus Wellendorf, Kr. Cosel, geschildert:

Am 24. Januar d. Js. begaben sich in der Dunkelstunde die minderjährigen Josef Depta, 17 Jahre alt, Alfred Sieron, 17 Jahre alt, Joachim Kotzur, 17 Jahre alt und die schulpflichtigen Engelbert Depta, Josef Czogalla und Stefan Kotzur sämtliche aus Kolonie Wellendorf mit 3 Handschlitten in den nahe gelegenen Wald um Brennholz. Auf dem Rückwege hielten sie mit ihrem Schlitten ungefähr 50 bis 60 Meter vor dem Dorfeingang, um sich etwas auszuruhen. Nichts ahnend wurden die Kinder plötzlich von dem Hilfsförster Franz Soriek, Oberlandjäger Reinhold, Polizist Hennek, Hilfsförster Richter, Heger Kotzur, sämtliche aus Ratiborhammer bezw. aus Solarnia mit dem Gebrülle: „Da sitzen die Pierones (Donnerwetter) so hübsch beisammen", tätlich angefallen und mit eichenen Krückstöcken blindlings bearbeitet, bis daß die Stöcke buchstäblich an den Kindern zerschlagen wurden. (Teile von den Stöcken, die am nächsten Morgen am Tatort funden wurden, befinden sich im Besitz des Vaters des einen Gemißhandelten.) Nun versuchten die Kinder nach Möglichkeit ihr Heil

Leo Weißmantel: Totentanz 1921

Ein Spiel vom Leben und Sterben unserer Tage

Totentanz! Wer denkt nicht an Holbeins schaurige Holzschnitte. An Strindberg. An Wedekind? Prophetien sind in unserer Zeit im Schwung. Mystizismus, als krampfhafte letzte Zuckung einer kirchlichen Religion, die selbst schon ihren Untergang erkennen muß, wird dem Volke von der Kirchengemeinde aufgedrängt. Jetzt genügen nicht mehr Bußübungen und Kanzelreden, jede Kunst wird aufgeboten, das Volk wieder zur Kirche zurückzuführen.

Dem „Totentanz" von Leo Weismantel riecht man es schon auf eine Meile gegen den Wind an, daß es sich bei diesem Machwerk um bestellte Arbeit des christlich-germanisch-nationalen „Bühnenvolksbundes" handelt. Weismantel hat auch wenig originelle Arbeit geleistet. Das ganze mag als Liturgie vor dem Altar gelten.

Das Stück hebt mit Kirchengesang an. Ein Vorsprecher (Rich. Felden) malträtiert sein schönes Organ mit einem Vorspruch, der vor jedem der folgenden Bilder sich wiederholt. Unser klares Schriftdeutsch wird in Luthers Bibelsprache gepreßt. Das Vorspiel selbst ist ein unklarer, verworrener Abklatsch von Wedekinds „Nicolo-Prolog". Was bei Wedekind von zwei Personen klar in Versen gesagt wird, vermischt man hier mit billigen Allegorien.

Das zweite Bild wirbt entschieden um die Seelen des Großstadtpublikums. Eine Bauernversammlung beschäftigt sich damit, die Preise um 100 Prozent zu erhöhen. Der Tod führt höchstselbst das Geschäft des Präsidenten. Ein Bauer (der reichste) wird vom Schlag getroffen. Der wirkliche Präsident stirbt (fern der Szene) an der Grippe. Ein anderer Bauer bekommt prophetische Gesichte. Die Hartherzen werden nicht erweicht. Auch nicht, als Aufruhr der Hungernden, Viehpest, Hagelschlag, Feuersbrunst ausbrechen. Sie sind ja alle hoch versichert. Das marlittsche Bettelkind mit dünner Stimme übergießt die Szene mit sentimentalem Schimmer. Der Vorsprecher erhebt sich und verkündet, daß die Bauernherzen erweicht sind. Aber der hundertprozentige Aufschlag bleibt bestehen. Wenigstens wird das Gegenteil nicht behauptet.

Das dritte Bild: Die Auktion des Todes [illegible]

den Grabenrand und werden sanft von einer erzürnten Granate (sie konnte das Geschwafel nicht ertragen) ins bessere Jenseits befördert.

Das vierte Bild, auch aus dem Krieg, zeigt uns das deutsche Weib, das erst den dicken Schieber zurückweist, ihn aber doch nimmt, als der verkrüppelte Bräutigam ihr Entsetzen einflößt. Sie stirbt auch im Tanz mit dem Gerippe. (Diese Szene könnte ebensogut von Max Jungnickel geliefert worden sein.)

Im fünften und (Gott sei Dank!) letzten Bild sitzt der liebe Gott im Kronleuchter und gibt seinen Senf zum allgemeinen Quatsch. Die sieben Sünden gaben den Chorus. Der Weisheit letzter Schluß: Gott haßt den Tod, der selber sterben soll und liebt das Leben Ein Bibelvers (So lange die Erde besteht usw.) Halleluja! Amen!

Weshalb ich dies alles schrieb?

Weil dieses Stück richtig zeigt, wie man n i c h t Theater spielen soll.

Die Regie war das Widersinnigste, erstarrte dauernd zu lebenden Bildern. Das A und O des Theaters ist Bewegung. Wenn die Oder alle 500 Meter zu Geleewänden erstarrte, wäre es nicht unnatürlicher wie dieses „Spiel". Das „junge christliche Drama", im Zyklus, der vom Bühnenvolksbund propagiert wird, hat den Zweck, uns vom modernen Theater über das frühmittelalterliche Mysterienspiel wieder zur Liturgie, d. h. zur alleinseligmachenden Kirche zurückzuführen. Das Drama will die Ungläubigen mit Pauken und Trompeten wieder zu kirchengläubigen Christen machen.

Schon um das Falsche, Schlechte am Totentanz zu erkennen, müßte der klassenbewußte Arbeiter sich dieses Stück des bürgerlichen Atavismus ansehen. Die Opposition gegen die Tendenz wird sich in ihm regen.

Wir Arbeiter verzichten beim Theater gern auf die Regiemätzchen, mit denen Herrn Arnfeld den Unsinn schmackhaft zu machen versucht. Muß denn der Tod absolut ein Trikot mit aufgemaltem Gerippe tragen? Muß die Treppe dauernd mit himbeerfarbenen Lichtkaucen erscheinen? Die Darsteller in krampfhaften Stellungen minutenlang verharren? Es gibt andere Mittel.

Wir wissen, daß die Vereinigten Theater über sehr gutes Schauspielermaterial verfügen. Ein Wort über die subjektive Rollenbesetzung zu äußern, ist überflüssig.

Nachdem Herr Barnay sich mit drei Wochen Probenarbeit für den Bühnenvolksbund eingesetzt hat, erwartet die Arbeiterschaft Prole- [illegible]

„Weg mit dem Parteihader!"

Eisenbahngespräche sind nicht uninteressant zur Erforschung der Stimmungen „im Volke". Wo heute ein paar Bürger zusammensitzen und das Gespräch ins politische Gleis kommt, da wird erst einmal richtig auf Poincare geschimpft.

„Solange der Blutsauger Poincare lebt", sagt neulich ein dicker Bürger im Eisenbahnabteil dritter Klasse, „solange wird Deutschland nicht aus dem Drecke herauskommen."

Er vergaß natürlich, an den inneren Feind Deutschlands zu denken. Die deutschen Schlotbarone und Krautjunker können wuchern und erpressen, können soviel „produktive Pfänder und Garantien" vom deutschen Michel fordern, wie sie wollen.

Und dann kommt allemal die Ursache des deutschen Elends: „Wenn wir Deutsche nur den unseligen Parteihader unterlassen wollten," seufzte der andere Spießbürger in jenem Eisenbahnabteil. „Wir müssen uns aufraffen," fuhr er fort, „endlich diesen blödsinnigen politischen Tageskampf zu umgehen.

„Erlauben Sie mal," mischte sich ein junger Mann ins Gespräch, „ich bin der Meinung die Deutschen befassen sich viel zu wenig mit Politik. Es kommt n i c h t darauf an, k e i n e Politik zu treiben, sondern die richtige Politik zu wählen. Leider wird heute noch die deutsche Politik von den schlimmsten Feinden des deutschen Volkes gemacht und die sitzen im Lande selbst. Das sind die Leute, die aus dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ein einträgliches Geschäft machen, die sogar ihre Leute in die Regierung schicken, die im Interesse ihrer Privatunternehmungen regieren müssen und die die wirklich werteschaffende Bevölkerung ins tiefste Elend stürzen. Wenn sich das arbeitende deutsche Volk einmal darauf besinnen wollte, selbst Politik zu betreiben — und das kann man heute nicht, ohne sich einer kämpfenden Partei anzuschließen —, dann wäre Deutschland innen und außen von seinen Blutsaugern bald befreit und wir wären aus dem Dreck heraus."

Die Bürger blickten den jungen Mann von der Seite an und griffen dann zu jener Verlegenheitswaffe, zu der ältere Leute immer greifen, wenn sie von Jungen auf den Sand gesetzt werden. Sie murmelten: „Gelbschnäbel sollten sich am allerwenigsten mit Politik befassen."

„Nun ja," sagte der junge Mann, [illegible]

Ballade von Sowjetrußland

Von Hugo Sonnenschein

Jahrhunderte lang, Proletensohn,
Jahrhunderte lang in Fron und Lohn.

Ins Joch geschmiedet Millionen
von Brüdern vor den Zarenthronen,
zerfleischten einander auf fremdes Geheiß
Galeerenproleten, Söldnergeschmeiß,
Jahrhunderte lang, Jahrhunderte lang.

Ihr Dasein ward am Pflug zu Schanden,
sie sind in Schächten umgestanden,
in den Fabriken rudelweis
verreckten sie in Blut und Schweiß
Jahrhunderte lang, Jahrhunderte lang.

In den Palästen, die sie erbauten,
hat man ihr Herz und Mark verschmaust
indes sie darbend in vergrauten
Spelunken Matuschka Rußlands gehaust,
Jahrhunderte lang, Jahrhunderte lang.

Den man gemordet Tag und Jahr:
Bauer, Söldner, Proletar,
Dir wird der Tag aus Fron und Lohn!

Steig vom Kreuz, Proletensohn,
Deine Schar ist Legion,
mit dreimal blutigen Banner!

Es ward der Tag und fand uns bereit,
wir haben mit Feuer und Stahl befreit,
wir nahmen im Sturm die Macht im Staat/
Wir: Arbeiter, Bauer, Soldat,
geführt von Wladimir Iljitsch.

Wir halten die Macht, der Freiheit zu dienen:
Jahrhunderte liegen unter Ruinen.
Am Kreml das Krasnoje Snamja!
Wir haben die Macht der Menschheit zu dienen,
Sparet die Tränen, — wir brauchen Maschinen,
Traktoren und Sensen, Eggen und Spaten
für Aller Erde unendliche Saaten!
Der Liebe die Tat! — Wir brauchen Genossen
für Sowjetrußlands schützende [illegible]
Im Zeichen der Krasnaja [illegible]

Ueber die Steppen über die Meere
erleuchtet der Rote Stern die Welt;
die Sowjetfahne, Weltprolet,
die über Zarenthronen weht,
hat Wladimir [illegible]

in der Flucht zu finden. Da eröffneten die Jäger und Beamten gegen die wehrlosen Kinder ein lebhaftes Feuer. Im Laufe der Schießerei verfolgte der Hilfsförster Franz Soriek den Josef Depta und feuerte aus greifbarer Nähe von einigen Metern aus einer Pistole gegen D., sodaß D. von einer Kugel erheblich verletzt zusammenbrach. Da nun D. infolge der Verwundung nicht fähig war aufzustehen, sprang nochmals Soriek auf den am Boden liegenden mit den Worten zu: „Willst du nicht aufstehen, du Pieron!“ (Donnerwetter), und den arg Verletzten nochmals mit dem Stock bearbeitend. Unterdessen wurden die übrigen Kinder vom Oberlandjäger Reinhold, Polizisten Hennel, Hilfsförster Richter und Heger Kohur verfolgt und beschossen, wobei aber glücklicherweise niemand getroffen wurde. Nach schweren Anstrengungen und der Waffengewalt gehorchend mußte sich der von Soriek verletzte D. vom Boden erheben, um vor den Schlitten gespannt zu werden, und den Schlitten mit Holz nach der Oberförsterei Ratibor-Hammer fahren. Die übrigen Kinder mußten D. beim Transport behilflich sein. Da nun D. infolge der erlittenen Verwundung stark blutete und fieberte, war es ihm nicht möglich, den Schlitten zu fahren, ohne das gewünschte Tempo zu beeinträchtige, sodaß sich Soriek nochmals erdreistete, auf den Verletzten mit dem Stock einzuschlagen. Nachdem das Holz in der Oberförsterei abgeliefert war, entschloß man sich, die Kinder nach Hause zu schicken. Trotz der vorgerückten Stunde, es war um Mitternacht, mußte Frau Depta den Verletzten sofort mit einem Wagen nach dem Arzt in Ratibor-Hammer hinfahren, da das Fieber immer bedenklicher zunahm. Nach einmonatigem Krankenlager wurde der Verwundete aus der ärztlichen Behandlung entlassen. Auch die Schulkinder mußten einige Tage dem Schulunterricht fernbleiben, da ja selbige grün und blau geschlagen waren, und sie nicht fähig waren, dem Unterricht beizuwohnen!“

Wir fordern, daß der Staatsanwalt hier sofort eingreift und gegen die schuldigen Beamten einschreitet. Da den Aussagen der Beamten auch in der Ebert-Republik weit mehr Glauben geschenkt wird als den Bekundungen der Proleten, hegen wir freilich nicht die Hoffnung, daß die schuldigen Beamten sofort von ihrem Posten entfernt und exemplarisch bestraft werden.

Immerhin dürfte die Gerichts-Verhandlung recht interessant werden. Sie dürfte weiten Kreisen der Arbeiterschaft erneut die herrlichen Zustände in der Ebert-Republik illustrieren und den Beweis erbringen, daß die Beamten auf dem Lande genau so wie zu Wilhelms Zeiten wehrlose Arbeiter und Arbeiterkinder ungestraft mißhandeln und mit der Waffe bearbeiten dürfen. Natürlich im „Namen des Rechtes“!

Die „Bergwacht“ platzt vor Neid

Von unserem Waldenburger Genossen wird uns zu den von uns in Nr. 103 bereits gekennzeichneten Artikeln der „Bergwacht“ noch folgendes geschrieben:

Die „Bergwacht“ gackert vor Neid, weil ihr die verfl... Kommunisten am Sonntag bei der internationalen Kundgebung soviel Körner weggeschnappt haben. Unter der Ueberschrift „Kommunistenaufmarsch in Waldenburg“ bringt sie in der Montagnummer vom 30. April einen Artikel, der sich mit der internationalen Massenkundgebung beschäftigt und der dazu angetan sein soll, den g l ä n z e n d e n Verlauf sowie den vollen Erfolg der von nahezu 20 000 Menschen besuchten Kundgebung zu verkleinern. Das kindlich-naive Gebahren in dem Artikel sorgt dafür, daß selbst der indifferenteste Arbeiter es dem Geschreibsel ablesen muß, daß es nur das Produkt eines vor Konkurrenzneid aufgeblähten SPD.-Lokalredakteurs sein kann. Wir selbst hätten also aus diesem Grunde allein schon keinerlei Ursache, uns mit dem Geschreibsel abzugeben. Aber um denjenigen Arbeitern, die dieses 3 Seiten Text (wovon die Scherenarbeit den größten Teil ausmacht) und drei Seiten Inserate umfassende Lokalblättchen lesen, Gelegenheit zu geben, zu ersehen, was für einen geistigen Ratgeber im lokalen Teil man dabei mit in Kauf nehmen muß, erwidern wir folgendes:

Wir stellen in Verbindung mit unserer Meldung vom 30. April in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ zunächst noch einmal fest, daß als Teilnehmerzahl nach Rücksprache mit einigen Genossen, die schon seit 15 Jahren Demonstrationen auf dem Ringe mitgemacht haben, an der Zahl von 18 000 festgehalten werden kann. Wenn nun die „Bergwacht“ auch von Tausenden sprechen muß, aber die Zahl auf Neugierige zurückführt, so stellen wir fest, daß dies eine im proletarischen Interesse gesunde Neugierde ist. Und wenn dann die Neugierde der Teilnehmer so stark ist, daß sie über 2 Stunden bei etwas regnerisch-kaltem Wetter ausharren, so nennen wir das „Interesse an der Sache“. Und daß dem so ist, beweist die rege Diskussion, die alle unsere Genossen in allen Orten und Betrieben am nächsten Morgen über sich ergehen lassen mußten. —

Wenn der Artikelschreiber glaubt einen Widerspruch in den Ausführungen des französischen Genossen feststellen zu müssen, so trifft sich der Artikelschreiber selbst; denn die Machtlosigkeit des französischen Proletariats erstreckt sich nur auf denjenigen Teil, der unter dem ideologischen Einfluß der französischen Reformisten steht, während die Kommunisten in der Tat gezeigt haben, daß sie aktiv sind. — — Wenn er weiter davon spricht, daß die Ruhrarbeiter von dem Kampf der Kommunisten in Frankreich gegen die französische Regierung noch nichts gemerkt haben, so überlassen wir das Urteil den Ruhrarbeitern selbst. Aber vielleicht wollte der Artikelschreiber sagen vom Kampfe der Reformisten in Frankreich und Belgien gegen die Ruhraktion hat man noch nichts gemerkt. Dafür aber Erklärungen französischer und belgischer Sozialdemokraten, die besagen, daß sie das Ruhrabenteuer der Franzosen gutheißen. Einen vollständigen Schlag ins Wasser führt er, wenn er die Behauptung aufstellt, in Frankreich könnte ein Kommunist es nicht wagen, die Räte-Republik auszurufen, denn da würde er sofort verhaftet werden! Aber in der Ebertschen Republik wäre so etwas ausgeschlossen! Wie wird dem Artikelschreiber nur zu Mute gewesen sein, als er am anderen Tage erfuhr, daß der F r a n z o s e i n W a l d e n b u r g v e r h a f t e t wurde und Gelegenheit hatte, die Ebertsche Freiheit am eigenen Leibe zu verspüren.

Auf den Eselstritt gegen die Kommunisten in bezug auf die Zerstörung der Gewerkschaften können wir im Waldenburger Revier am besten damit antworten, daß die vielen SPD.-Gewerkschaftsangestellten nur noch ihre Existenz haben, weil die Kommunisten die Gewerkschaften zusammenhalten und die Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften!“ nicht proklamieren und die Arbeiter auffordern, in den Gewerkschaften zu bleiben.

Wenn dann zum Schluß dem Artikelschreiber auch die Ausführungen des Russen herhalten müssen, um den Waldenburger Kommunisten eins auszuwischen, so tut er uns leid. Denn die Ausführungen des Russen betreffend Ruhrhilfe waren so klar gehalten, daß sie mit der Haltung der Kommunisten Waldenburgs in der Ruhrfrage vollständig übereinstimmten. Selbst ein politisch wenig aufgeklärter Arbeiter konnte dies verstehen! Wenn dies aber dem SPD.-Artikelschreiber nicht möglich ist, hier objektiv zu urteilen, so ist es entweder Bosheit oder Dummheit. Vielleicht auch beides!

Da der Artikel selbst bei SPD.-Arbeitern Kopfschütteln hervorgerufen hat, denn sie haben ja mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört, um zu beurteilen, wie die Kundgebung zu bewerten ist, können wir unsere Polemik beenden. Unsere Genossen aber werden dafür sorgen, daß die Saat, die die Internationale Kundgebung bei den 18 000 Menschen gestreut hat, reift und reiche Früchte trägt.

Den Worten müssen Taten folgen.

Ein Aufruf der internationalen Transportarbeiterföderation, Amsterdam*)

Kameraden!

Irregeführt betrogen und aufgehetzt durch einen wohl vorbereiteten Lügenfeldzug sind die Arbeiter von so ziemlich ganz Europa und der meisten sogenannte zivilisierten Länder der übrigen Weltteile 1914 gegeneinander zu Felde gezogen, **angeblich um ihr „Vaterland“ zu verteidigen** und Freiheit, Recht und Demokratie zu schützen oder zu erobern, **in Wahrheit einzig und allein um für die imperialistischen Interessen ihrer eigenen Bourgeoisie zu bluten.**

Irregeführt und betrogen durch das blendende Losungswort, daß der Weltkrieg geführt werde, um allen Kriegen ein Ende zu machen und diese Menschenschlächterei für alle Zeiten die letzte sein werde, haben die Proletarier der verschiedenen Länder während mehr als vier Jahren die Waffen gegeneinander gekehrt, sich gegenseitig millionenweise gemordet statt sich in gemeinsamen **Kampf zu vereinen gegen den einzigen Feind**, den das Proletariat besitzt, **gegen den nationalen und internationalen Kapitalismus.**

Heute, **vier Jahre nach Beendigung des Weltkrieges**, nach Abschließung der sogenannten Friedensverträge, wissen die Arbeiter aller Länder, daß diese prunkvollen Worte und schönen Losungen, mit denen man sie zur Schlachtbank führte, nichts anderes waren als **bewußte Lügen**, und sie müssen es nun am eigenen Leibe erfahren, welcher Wert den großzügigen Versprechungen zukommt, mit denen sie von der geängstigten Bourgeoisie während des Krieges und auch nach dem Kriege noch gestärkt wurden.

Statt der größeren Wohlfahrt, die der Arbeiterklasse in Aussicht gestellt wurde, herrschen **Not und Jammer in allen Ländern**, die von Tag zu Tag immer noch zunehmen.

Statt, wie versprochen, ein größeres Maß an Freiheit und vermehrte Rechte zu erhalten, muß das Proletariat in der ganzen Welt alle seine Kräfte aufbieten, um sich **der rücksichtslosesten Reaktion zu erwehren**, die alles daran setzt, jede **wirklich sozialistische und revolutionäre Arbeiterbewegung** zu unterdrücken und wenn möglich völlig zu vernichten.

Von dem Frieden jedoch, der der Menschheit feierlich zugesichert wurde, **sind wir weiter entfernt als je.** In der ganzen Welt herrscht Krieg, wird weiter **Krieg** geführt.

Der Kapitalismus ist nicht nur mächtiger als jemals vor dem Kriege, sondern auch **rücksichtsloser, brutaler, blutdürstiger und gieriger** als je zuvor.

Die Gier nach Petroleum, Kohle, Eisen, der Durst nach Gold dominieren über alle anderen Gefühle und Wünsche in weit größerem Maße als zu irgend einer früheren Zeit. Ueberall stoßen die kapitalistischen Interessen auf einander; überall **häuft sich der Zündstoff für neue, blutige Konflikte.**

Kameraden!

In dieser Zeit der **schonungslosesten Reaktion** und **neuer Kriegsgefahren** hat die Arbeiterklasse die Pflicht, mehr als je wachsam und auf der Hut zu sein.

Ein Krieg zwischen Polen und Rußland, bei dem Polen genau so wie 1920 wieder als Vorkämpfer für die Kapitalsinteressen der westeuropäischen Staaten, gegen Rußland gehetzt wird, **bleibt eine ständige Gefahr.** Die Spannung, die vor etwa zwei Monaten bestand und die so ernst war, daß man mit einem Kriegsausbruch im Mai oder Juni ernstlich rechnen mußte, mag augenblicklich bedeutend verringert sein; das Volk und die Regierung Polens mögen einen Krieg nicht wünschen und dem von den westeuropäischen Kapitalisten ausgeübten Druck widerstehen, aber **der geringfügigste Anlaß kann plötzlich einen Umschlag bewirken** und zum Kriege zwischen beiden Staaten treiben, der unvermeidlich **zu einem neuen Weltkriege führen muß.**

Das **heutige Rußland** erweckt noch unentwegt Haß und Abscheu in der ganzen **konservativen und reaktionären Welt**, das will besagen: bei den **besitzenden Klassen aller Länder.**

Das Riesenreich mit seinen unermeßlichen Schätzen der ungestörten kapitalistischen Ausbeutung wieder zuführen, bleibt noch immer das feurig gehegte Ideal. Rußlands gegenwärtige Staatsform zu vernichten ist und bleibt, offen oder geheim, der Wunsch und die Hoffnung aller Feinde des kämpfenden Proletariats.

Für die Arbeiterklassen aller Länder gilt darum — ungeachtet alles Trennenden und aller Gegensätze zwischen ihnen und dem russischen Proletariat — immer noch, was bereits 1921 in dem Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes gesagt wurde, in dem die Arbeiter zur Unterstützung der Hungernden des Wolgagebietes aufgefordert wurden und in dem es hieß:

„**Der Sturz der Sowjetregierung wäre nur das Signal zum Entscheidungskampf der Gegenrevolution.** In den Ländern Westeuropas, auch in den Ländern der Besiegten, in den Ländern der Revolution, **gewinnt die Reaktion mit jedem Tag an Boden.**

Diese Reaktion, die in **Deutschland**, zumal in **Bayern**, sich täglich dreister gebärdet und in **Spanien, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien** die Arbeiterschaft blutig vergewaltigt, würde rasch triumphieren, wenn es den **offenen und heimlichen Feinden der russischen Revolution** gelänge, die russische Regierung zu stürzen und eine konterrevolutionäre Regierung unter dem Schutz des westeuropäischen Kapitals und der mit ihm verbündenen bürgerlichen Regierungen an ihre Stelle zu setzen.

Die Gewerkschaften dürfen nicht dulden, daß diese Machenschaften Erfolg haben.“

Kameraden!

Die Arbeiterklasse will den Frieden! Sie ist die **einzige** Klasse, die im **kapitalistischen Kriege** alles zu verlieren und nichts zu gewinnen hat. Und gewiß will sie keinen Krieg, dessen Ziel und Folge wäre, die Arbeiter in allen Ländern **tiefer noch in Elend und Ausbeutung** hineinzutreiben und ihnen die **Sklavenketten noch tiefer ins Fleisch** zu drücken.

In seiner letzten Sitzung vom 22. und 23. März in Köln hat der Generalrat der ITF. den auf neue und drohende Kriegsgefahr weisenden Anzeichen besondere Aufmerksamkeit zugewandt.

Er faßte den einstimmigen Beschluß, sich an alle angeschlossenen und auch an die bis nun außerhalb der ITF. stehenden **Transportarbeiter, Eisenbahner und Seeleute** zu wenden und dringend an ihre Wachsamkeit, an ihre Kampf- und Opferbereitschaft zu appellieren!

Im Kampfe des Proletariats gegen Krieg, Militarismus und Reaktion hat die ITF., haben die ihr angeschlossenen Organisationen, die Transportarbeiter, Eisenbahner und Seeleute stets in erste Reihe gestanden und mehr als einmal durch die Tat bewiesen, daß ihre Begeisterung für den Frieden und ihr Abscheu vor dem Kriege mehr sind als eitle Worte!

Kameraden!

Seid wachsam!

Setzt Eure Kontrolle über den Transport von Munition und anderem **Kriegsmaterial** in allen Ländern mit größter Wachsamkeit fort! Sorgt dafür, daß diese Kontrolle so scharf als möglich ist und kein einziger Transport Eurer Aufmerksamkeit entgeht! Unterrichtet Eure Vorstände von allem und haltet sie regelmäßig auf dem Laufenden! Seid für alle Fälle bereit!

Seid bereit, um nötigenfalls, wie im Jahre 1920, anläßlich des Boykotts gegen Ungarn und der Aktion zur Verhinderung der Waffentransporte für Polen im Kriege gegen Rußland, durch die Tat und mit allen Mitteln den Ausbruch eines neuen Krieges zu verhindern!

Krieg dem Kriege!
Nieder mit dem Militarismus! Nieder mit der Reaktion! Nieder mit dem Kapitalismus!
Hoch die Internationale der Arbeit!

Der Generalrat der Internationalen Transportarbeiter Föderation:
Robert Williams, Vorsitzender.
Edo Fimmen, Sekretär.

*) Viele sozialdemokratische Provinzblätter haben diesen Aufruf unterschlagen.

Aus Gewerkschaften und Betrieben

Kurzarbeiterentschädigung in Breslau

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

„Nach den Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorgeordnung stellt die Zusatzunterstützung eine Ergänzung des Arbeitslohnes dar und soll einer zurzeit bestehenden Notlage des Arbeitnehmers abgeholfen werden.

Die Ausrechnung der Kurzarbeiterunterstützung durch den Magistrat läßt außergewöhnlich lange auf sich warten. Mit Recht sind daher die in Frage kommenden Personen über die Verzögerung des Magistrats in der Ausrechnung empört.

Dieser zurzeit bestehenden Notlage kann nur abgeholfen werden, wenn laufend jede Woche der Betrag zur Auszahlung kommt. Es wäre daher wünschenswert, wenn der Magistrat, um die Geduld der Kurzarbeiter nicht noch länger auf die Probe zu stellen, schleunigst eine Aenderung dieser langweiligen Berechnung herbeiführt.

Der zehnprozentige Steuerabzug bei dem Arbeiter klappt merkwürdigerweise sehr gut; wir hoffen, daß mit derselben Firigkeit auch diese Entschädigung zur Auszahlung kommt.“

Generalversammlung des DMV.-Essen

Ueberwältigendes Vertrauensvotum für die kommunistische Ortsverwaltung

Die am Sonntag, den 29. April, im vollbesetzten Nordparksaal tagende Generalversammlung des DMV.-Essen endete mit einer vernichtenden Niederlage der VSPD. Nach dem Geschäftsbericht des Bevollmächtigten, Genossen Kischkat, versuchten die abgesägten Sozialdemokraten Stimmung gegen die proletarischen Hundertschaften und die kommunistische Ortsverwaltung zu machen. Sie konnten jedoch nicht aufkommen.

Die Versammlung billigte mit 1600 gegen 13 Stimmen den Geschäftsbericht der Ortsverwaltung, verwahrte sich mit allen gegen 12 Stimmenthaltungen gegen die niederträchtige Schreibweise der „Metallarbeiter-Zeitung“ den Kommunisten gegenüber und nahm mit dem gleichen Stimmenverhältnis eine Resolution zur politischen Lage an. Darin wird nochmal Poincare der Kampf angesagt, die Stinnes und Kompagnie in ihrer landesverräterischen Profitgier entlarvt und Haldenkohlen zu billigen Preisen für die arbeitende Bevölkerung gefordert. Weiter setzt sich die Resolution ein für die Schaffung einer Arbeiterregierung, die allein einen erfolgreichen Kampf gegen Wucher und Teuerung und gegen den immer frecher auftretenden Faszismus führen kann.

So nahm die erste Generalversammlung unter der neuen kommunistischen Ortsleitung einen glänzenden Verlauf. Unter Absingung der „Internationale“ wurde die Versammlung geschlossen.

Sind das noch Arbeitervertreter?

In der Zahlstellenversammlung des Bergarbeiterverbandes Lehmwasser hielt der SPD.-Mann Becker ein Referat über „die Ruhrbesetzung und die Bergarbeiter. Was er hierbei sich leistete, übersteigt selbst alle Grenzen des bisher von der SPD. Gebotenen.

Becker brachte es nicht nur fertig, sich gegen die von uns geforderten Kontrollausschüsse zu wenden, sondern besaß die Stirn, die Forderungen der Arbeitslosen im Ruhrgebiet als „v e r r ü c k t“ zu bezeichnen. An der Niedermetzelung der Arbeitslosen in Mülheim sind natürlich nach der Ansicht Beckers nur die Kommunisten schuld.

Der Becker leistete sich außerdem den guten Witz zu behaupten, daß die Kommunisten wohl die Koalitionsregierung, aber nicht die heutige Regierung Cuno bekämpfen. Arbeiter, ist das nicht zum Lachen? Der Sozialdemokrat Severing verbietet die „Rote Fahne“, weil sie die Regierung Cuno und ihre Politik brandmarkt, und da stellt sich ausgerechnet ein SPD.-Mann hin um zu klagen, daß die Kommunisten die Cuno-Regierung schonen!

In der Diskussion wurde dem SPD.-Mann von unseren Genossen gründlich heimgeleuchtet. Die Kameraden Brunwitz, Leupold, Müller wiesen auf unseren Kampf um die Arbeiterregierung hin und erinnerten die VSPD.-Leute an die Haltung ihrer Parteifreunde in dieser Frage als auch an ihre Haltung gegenüber der Ruhrhilfe und der 8. Stunde!

Die Arbeiter in Lehmwasser aber werden sich fragen müssen, ob sie Leute, welche die Forderungen der Arbeitslosen als „verrückt“ bezeichnen, überhaupt noch als Arbeitervertreter ansehen können!

Ein Liebling der Firma Wichard, Liebau

ist Herr Neugebauer, Reichswehrsoldat a. D., der, nachdem er vom Militarismus über Bord geworfen, trotz der am Ort herrschenden großen Arbeitslosigkeit hier sofort Arbeit fand. Neugebauer organisierte sich zuerst im christlichen Verband und zwang seine Frau, die dem freien Verband angehörte, demselben den Rücken zu kehren. Als er dann aus dem christlichen Verband herausgeworfen wurde, weil er keine Beiträge zahlte und einen gelben Verband gründen wollte, da war es mit der lange geübten Geduld der Belegschaft vorbei. Sie verlangte seine Entlassung und veranstaltete eine Demonstrationsversammlung vor dem Direktionsgebäude.

Darauf erklärte der Direktor Kindler, daß sich der gesamte Arbeitgeberverband hinter seinen Schützling Neugebauer stellen wird. Er forderte die demonstrierenden Arbeiter auf, sofort wieder die Arbeit aufzunehmen und drohte mit Entlassung.

Die Arbeiter blieben ihm darauf die Antwort nicht schuldig. In ihrem Namen erklärte der Vorsitzende des Ortskartells, daß die gesamte hiesige Arbeiterschaft den Kampf aufnehmen wird, wenn sich die Direktoren hinter die Zersplitterungsbestrebungen des Neugebauer schützend stellen.

Durch den Verrat der Christlichen, welche den Ausgeschlossenen und seine Frau wieder in ihren Verband aufnahmen, endete der Kampf der Arbeiter mit einer Niederlage.

Die Arbeiter der Firma Wichard müssen die Augen offen halten um das Eindringen unorganisierter Parasiten zu verhindern. Solche Leute wie Neumann wollen zwar die Errungenschaften der Lohnkämpfe mit genießen, weigern sich aber, selbst mit in Reih und Glied zu stehen und Opfer zu bringen. Jede Organisation gräbt sich selbst ihr Grab, wenn sie solche Leute im Betrieb duldet.

Die Chester Frage

Der Petroleumkrieg in Lausanne

Die bürgerlichen Blätter veröffentlichen lange Abhandlungen über den „Chester-Vertrag", der gleich zu Beginn der Verhandlungen in Lausanne so viel Staub aufwirbelte und so viel Verwirrung hervorrief. Wir wollen nachstehend Wesen und Bedeutung dieses Vertrages kurz auseinandersetzen.

In Lausanne wird von allem möglichen, nur nicht von Petroleum gesprochen. Und doch ist es das Petroleum der Mossuler Oelfelder, um das es in Lausanne in Wirklichkeit geht.

Im Vordergrunde des Kampfes um die Herrschaft über die Weltproduktion an Petroleum stehen der englisch-holländische Riesentrust „Royal-Dutch" (auch Shell-Company genannt), der mehrere große Gesellschaften vereinigt, und der amerikanische Riesentrust „Standard Oil Company", dessen sichtbares Haupt Rockefeller ist. Die gegenwärtige amerikanische Regierung ist die Befehlsvollstreckerin dieses Petroleumtrustes, dem auch die Chester-Gruppe (Chester ist das Oberhaupt eines mächtigen amerikanischen Syndikats) angehört. Diese Chestergruppe ist es, die die Interessen des amerikanischen Petroleumkapitals in der Türkei und in Lausanne vertritt.

Wie wir bereits meldeten, sind die amerikanischen Orientinteressen mit den französischen gleich zu Beginn der neuen Lausanner Konferenz in Kollision geraten. Wie nun aus den amerikanischen und den französischen Veröffentlichungen hervorgeht, reichen die Anfänge dieser Rivalität bis in das Jahr 1911 zurück. Damals pflogen französische und amerikanische Kapitalisten mit dem Sultan Abdul Hamid Verhandlungen wegen Bahnkonzessionen. Die Franzosen hatten sich um die sogenannten Mittelmeerbahnen, die Amerikaner um die Schwarzmeerbahnen beworben. Daß sowohl die Franzosen wie die Amerikaner lieber beide diese Bahnkonzessionen an sich gebracht hätten, versteht sich bei der bekannten Unersättlichkeit der Imperialisten wohl von selbst. Um die Amerikaner aus dem Sattel zu heben, gewährten die Franzosen den Türken im April 1914, also unmittelbar vor dem Kriegsausbruch, ein Darlehen von 500 Millionen Goldfranken, wofür ihnen der Sultan die Konzession auf die Mittelmeerbahnen und -Häfen zugestand. Die Franzosen beeilten sich, das Geld flüssig zu machen und begannen auch sofort mit den Bau der Eisenbahnen. Etwa 30 Kilometer waren fertig, als der Krieg ausbrach, und zu seinem größten Schmerz mußte Frankreich erleben, daß die Türken das von ihm erhaltene Geld zu Kriegszwecken gegen die Franzosen, bezw. die Alliierten verwendeten. Um die von Abdul Hamid erhaltene Konzession sich zu sichern, schloß Frankreich nach Beendigung des Krieges hinter dem Rücken Englands mit den Türken in Angora einen geheimen Vertrag ab, im Sinne dessen es Cilicien räumte. Aber der Vertrag, namentlich der wirtschaftliche Teil des Vertrages, auf den es doch Frankreich in erster Reihe ankam, wurde von der Angoraer Nationalversammlung verworfen.

Dagegen hat die Türkei die Konzessionen sowohl für die Mittelmeer-, wie für die Schwarzmeerbahnen der oben genannten amerikanischen Chester-Gruppe erteilt. Nach den neuesten Meldungen haben die Amerikaner die Konzession erhalten, insgesamt 4500 Kilometer Eisenbahnlinien auszubauen. Das auszubauende Eisenbahnnetz soll u. a. das Schwarze Meer berühren, Angora mit Erzerum und auch das Mossulgebiet (den Gegenstand der heißesten Sehnsucht des französischen und auch des englischen Kapitals) mit dem Schwarzen Meer verbinden. Außer zwei wichtigen Hafenanlagen wird dieser Gruppe das **Monopol der Ausbeutung aller Naturschätze auf einem Streifen von je 20 Kilometern rechts und links der geplanten Eisenbahnlinie** eingeräumt. Da die Amerikaner die Richtung der Eisenbahnlinien selbst bestimmen können, bedeutet dies unter Umständen ein Monopol Amerikas auf die Ausbeutung des türkischen Petroleums.

Der Schmerz Frankreichs ist begreiflicherweise grenzenlos, umso mehr, als die amerikanischen Kapitalisten ja zum Teil auf solche Linien die Konzessionen erhalten haben, für die die Franzosen bereits eine halbe Milliarde Goldfrank bezahlt und mit deren Bau sie auch schon begonnen haben.

Wie immer di eKonferenz in Lausanne enden wird, der Kampf um das Petroleum und damit um die Weltherrschaft, bezw. um einen je größeren Anteil an dieser Weltherrschaft, wird in Lausanne nicht beendet werden, sondern eher beginnen, bezw. in eine neue Phase zu treten. England hat allen Grund, um das Vordringen Amerikas in Asien zu fürchten, denn die amerikanischen Eisenbahnkonzessionen drohen nicht nur die englischen Aspirationen auf das Mossuler Petroleum zu vernichten, sondern auch die Verbindung mit Indien zu zerschneiden. Aber es kann gegen das im Kriege übermächtig gewordene Amerika nichts ausrichten und ist daher bestrebt, zu den amerikanischen Petroleumkonzernen in freundschaftliche Beziehungen zu kommen, um für sich zu retten, was zu retten ist. Wie sich die Beziehungen der verschiedenen Petroleumtrusts zu einander im späteren Verlauf gestalten werden, kann natürlich nicht vorausgesagt werden. Jedenfalls genügt es, auf diese Probleme, um die es sich in Lausanne in Wirklichkeit handelt, hinzuweisen, um jedermann klarzumachen, daß auch die Lausanner „Friedenskonferenz" nicht den Frieden, sondern den künftigen Krieg vorbereitet. Man darf nicht übersehen, daß das siegreiche Vordringen Amerikas in Asien eine unmittelbare, schärfste Bedrohung Japans bedeutet, das, wenn England für ein englisch-japanisches Zusammengehen nicht zu haben wäre, sich nach anderen Bundesgenossen wird umsehen müssen. Wehe dem internationalen Proletariat, wenn es nicht versteht, durch Aufrichtung der internationalen Einheitsfront, durch entschlossenen, revolutionär-diszipliniertes Kampf die Pläne der Petroleum- und Stahlkönige zunichte zu machen!

Die neue russische Wirtschaftsetappe

Von J. Eisenberger (Moskau)

Während die internationale Gegenrevolution nicht aufhört, die „Rückkehr des Kapitalismus" in Rußland zu besingen, fährt sie gleichzeitig unvermindert fort, nach bekanntem Muster gegen die russischen Kommunisten zu rasen. Aber schließlich beginnt es selbst dem rückständigsten Gehirn allmählich zu dämmern, daß man nicht gut etwas totsagen kann, auf das man sich wutentbrannt immer wieder stürzt, um es überhaupt erst zu vernichten. Entweder ist also die Wiederauferstehung zur kapitalistischen Herrlichkeit in Rußland Wirklichkeit, dann muß die dauernde Kampfansage an die kommunistische Diktatur sinnlos erscheinen, weil diese ja dann eigentlich nicht mehr existieren könnte — oder aber sie existiert dann eben noch. Dann beweist das Geschrei der Gegenrevolution bestenfalls nur ihre Frechheit, mit der sie darauf spekuliert, daß der offene Widerspruch in ihrer Haltung den Arbeitermassen verborgen bleiben würde.

Demgegenüber läßt sich das Wesen der neuen Wirtschaftspolitik Rußlands auf eine sehr einfache und gemeinverständliche Formel bringen: die proletarischen Massen in Stadt und Land haben der Bourgeoisie die Gesamtheit der Produktionsmittel entrissen und selbst in Betrieb genommen. An Kapitalismus erinnert dabei nur noch die Art des Austausches und der Verrechnung, d. h. der freie Handel, und seine kapitalistische Form des Geldverkehrs. Sie regeln Angebot und Nachfrage sowohl auf dem Waren- wie auf dem Arbeitsmarkt.

Zwischen diesem Kapitalismus der Form nach und seinem „Vorbild" aus der Periode der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen besteht aber ein wesentlicher Unterschied: sowohl Arbeiter wie Bauern bringen jetzt ihr eigenes Produkt selbst auf den Markt — der Arbeiter durch den Staat, der Bauer direkt. Nach Abzug aller staatlichen Steuern und Rücklagen für die Akkumulation (Ausbau) sowie für die Erneuerung der Produktionsmittel stecken Arbeiter und Bauer infolgedessen einen Ertrag ein, der sich um den in Wegfall kommenden Unterhalt der ausbeutenden Bourgeoisie vergrößert bzw. der Arbeiter- und Bauernschaft teils unmittelbar, teils auf dem Wege über den Staat zugute kommt. Während früher die im Besitze der Produktionsmittel befindliche Bourgeoisie den Profit einsackte, den Staat aber auf ein Steuerminimum und den Arbeiter auf ein Lohnminimum setzte, erfolgt jetzt die Nutznießung des Hauptproduktionsgewinnes zwischen den Einheiten: Arbeiter, Bauer und Staat. Die vierte Einheit: Bourgeoisie, scheidet aus.

Damit ist der Kapitalismus in seinem bisherigen Sinn von Grund aus über den Haufen geworfen. Die neue Wirtschaftspolitik besitzt alle wesentlichen Voraussetzungen einer sozialistischen Politik, die darin besteht, daß das Produkt der gesellschaftlichen Arbeit zum Eigentum der Werktätigen gemacht wird, die sich zusammensetzen aus Arbeitern, Bauern und Staat, letzteren mit seinem ganzen technischen, ... den, hygienischen und sonstigen Apparat. In dieser Errungenschaft der russischen Revolution gipfelt zugleich der Ausspruch Marx': „Die Arbeiterklasse hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen ... sie hat keine Ideale zu verwirklichen (soll heißen: sofort zu verwirklichen), sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisie-Gesellschaft entwickelt haben."

Mit dieser Freisetzung der Elemente der neuen Gesellschaft durch die Verdrängung der Bourgeoisie aus der Produktion ist der Hauptschlag gegen diese geführt. Soweit sie jetzt noch Boden unter den Füßen hat, ist das der Sumpfboden der Spekulation. Dadurch, daß sie auf dem freien Markt die Produkte des Arbeiters sowohl wie des Bauern teilweise an sich reißt, und mit Aufschlag wieder verkauft, hat sie in der Tat noch einmal eine Atempause erlangt. Es ist das jedoch die Atempause mit dem Strick um den Hals, der unfehlbar zugezogen werden wird mit dem ebenso sicheren Erstarken der Produktion.

Nur weil das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage noch fortbesteht, ist es überhaupt möglich, im Kettenhandel, den dieser Wiederverkauf eben darstellt, zu verdienen. Wenn indessen das ungenügende Angebot die Preise in die Höhe treibt, und es damit der Handelsbourgeoisie ermöglicht, sich durch spekulative Aufschläge zu bereichern, so vernichtet der eintretende Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage diese Preistreiberei auch wieder und mit ihr die letzte Existenzmöglichkeit der Ausbeuter. Den Preis bestimmen alsdann die geringstmöglichste Rate der Gestehungskosten, die wiederum gewährleistet wird durch die Ueberlegenheit der billiger produzierenden Trustbetriebe, die jede teurere Konkurrenz aus dem Felde schlagen.

Von diesen „Kommandohöhen" aus wird Sowjetrußland unfehlbar auch die letzten Feinde überrennen. Seine Produktion bewegt sich bereits diesem Ziele entgegen. Das Tempo der Entwicklung hängt indessen nicht von Rußland allein ab. Ebenso wie es gebremst wird durch die Unzulänglichkeit des russischen, so wird es beschleunigt werden durch die Vollkommenheit des Produktionsapparates der europäischen Staaten nach deren Eintritt in den Kreis der sozialen Revolution. Jeder Schritt der sozialen Revolution nach dem Westen bedeutet darum einen Hieb auf den Kopf des privaten russischen Handelskapitals und der Handelsbourgeoisie.

Kaufe täglich

Frauenhaare

Zahle pro Gramm bis **8.– Mk.**

Selma Kunath, Breslau,

Schillerstrasse 21.

Die eiserne Ferse.

Ein sozialer Roman von Jac London.

32]

Ich nahm ein Paar Hosen und betrachtete ihre Arbeit.

„Sechs Cents, meine Dame," sagte sie, indem sie den Kopf wiegte, und weiter nähte. Sie nähte langsam, aber unaufhörlich. Sie schien beherrscht von dem Wort „nähen".

„Für all die Arbeit?" fragte ich. „Wird nicht mehr dafür bezahlt? Wie lange Zeit brauchen Sie dazu?"

„Für all die Arbeit?" fragte ich. „Wird nicht mehr dafür bezahlt? Wie lange Zeit brauchen Sie dazu?"

„Nein," sagte sie, „mehr nicht. Sechs Cents für die fertige Arbeit. Zwei Stunden nähe ich an jedem Paar."

„Aber der Herr weiß das nicht," fügte sie rasch hinzu, aus Furcht, ihm Unannehmlichkeiten zu bereiten. „Ich bin langsam. Ich habe Gicht in den Fingern. Junge Mädchen arbeiten viel schneller. Sie brauchen nur halb so lang. Der Herr ist gut. Er erlaubt mir, die Arbeit heimzunehmen, weil ich alt bin und das Geräusch der Maschine meinen Kopf erschüttert. Wäre er nicht so gut zu mir, so müßte ich darben.

Die im Geschäft arbeiten, bekommen acht Cents. Aber was kann ich machen? Da ist nicht Arbeit genug für die Jungen. Die Alten haben keine Aussicht. Oft bekomme ich nur ein Paar. Manchmal aber, wie heute, habe ich acht Paar vor Abend fertig zu machen."

Ich fragte sie, wieviel Stunden sie arbeite; das hinge von der Saison ab, gab sie zur Antwort.

„Im Sommer, wenn große Nachfrage ist, arbeite ich von morgens fünf bis abends neun Uhr. Aber im Winter ist es zu kalt. Die Finger bleiben so lange steif. Dann muß länger gearbeitet werden — manchmal bis nach Mitternacht.

Ja, es war ein schlechter Sommer. Die schweren Zeiten. Gott muß zürnen. Dies ist meine erste Arbeit für diese Woche. Es ist wohl wahr, man hat nicht viel zu essen, wenn keine Arbeit da ist. Ich bin daran gewöhnt. Ich habe mein Lebtag genäht, in der alten Heimat und hier in San Franzisko — dreiunddreißig Jahre.

Wenn das Geld für die Miete da ist, dann ist alles in Ordnung. Der Hausherr ist sehr freundlich, aber er verlangt seine Miete. Das gehört sich. Er verlangt nur drei Dollar für dieses Zimmer. Das ist billig, aber es ist nicht leicht, jeden Monat die ganzen drei Dollars zusammenzubringen."

Sie schwieg, und, ihren Kopf neigend, nähte sie weiter.

„Sie müssen sehr sparsam mit ihrem Verdienst haushalten," sagte ich.

Sie nickte lebhaft.

„Nach der Miete ist es nicht mehr so schlimm. Allerdings kann man kein Fleisch kaufen. Und Milch zum Kaffee auch nicht. Aber eine Mahlzeit gibt es doch täglich, und bisweilen auch zwei."

Das Letzte sprach sie mit Stolz. Aber als sie schweigend weiterstichelte, bemerkte ich die Müdigkeit in ihren freundlichen Augen und das Schmachten ihres Mundes. Ihr Blick war abwesend. Sie rieb die Trübheit aus den Augen rasch fort; die stand ihrem Sticken im Wege.

„Nein, es ist nicht der Hunger, der das Herz weh macht," erklärte sie. „An den Hunger gewöhnt man sich. Es ist mein Kind, um das ich weine. Die Maschine hat sie getötet. Es ist wahr, sie arbeitete schwer, aber ich verstehe nicht. Sie war stark. Und jung — erst vierzig. Und sie arbeitete schon dreißig Jahre lang. Sie fing früh an, das ist wahr; aber mein Mann starb. Der Kessel explodierte drunten auf dem Werk. Und was sollten wir machen? Sie war zehn, aber sie war sehr kräftig. Doch die Maschine brachte sie um. Ja, das tat sie. Sie wurde getötet und sie war die flinkste Arbeiterin im Geschäft. Ich habe oft darüber nachgedacht, ich weiß. Deshalb kann ich nicht im Geschäft arbeiten. Die Maschine erschüttert mir den Kopf. Ich höre sie immer sagen: Ich tat es, ich tat es! Und das sagt sie den ganzen Tag. Und denn denke ich an meine Tochter, und ich kann nicht arbeiten."

Die Müdigkeit zeigte sich wieder in ihren alten Augen, und sie mußte sie wegreiben, bevor sie weiter sticheln konnte.

Ich hörte den Bischof die Treppe heraufstapfen, und ich öffnete die Türe. Er bot einen seltsamen Anblick. Auf seinem Rücken trug er einen halben Sack Kohlen und oben auf diesem Holz zum Anfeuern. Sein Gesicht war von Kohlenstaub bedeckt, und der Schweiß rann in Strömen darüber. Er stellte seine Last in die Ecke neben den Ofen und trocknete sein Gesicht mit einem rohen bunten Taschentuche ab. Ich traute meinen Sinnen kaum. Der Bischof, schwarz wie ein Kohlenträger, in einem billigen Arbeiterhemd (am Hals fehlte ein Knopf) und in Ueberziehhosen! Das war das Merkwürdigste von allem — die Ueberziehhosen, die an den Enden abgestoßen, zu tief auf die Fersen hingen und um die Hüften mit einem schmalen Ledergurt, so wie die Arbeiter ihn tragen, befestigt waren.

Obgleich dem Bischof warm war, krampften sich die armen geschwollenen Hände der alten Frau vor Kälte zusammen. Und ehe wir sie verließen, hatte der Bischof das Feuer angezündet, während ich die Kartoffeln geschält und zum Kochen aufgesetzt hatte. Mit der Zeit erfuhr ich, daß es noch viele ähnliche Fälle, wie den ihrigen, gab, und viele noch schlimmere, die sich in den ungeheuren Hinterhäusern meiner Nachbarschaft verbargen.

Bei unserer Heimkehr fanden wir Ernst in Unruhe um mich. Nachdem die erste Ueberraschung und Begrüßung vorüber war, lehnte sich der Bischof in seinen Stuhl zurück und seufzte wirklich erleichtert auf. Wir waren die ersten von seinen Freunden, die er seit seinem Verschwinden sah, sagte er uns; während der dazwischenliegenden Wochen muß er infolge seiner Einsamkeit sehr gelitten haben. Er erzählte viel, meistens aber von der Freude, die er erfahren habe in Ausführung von des Heilands Gebot.

„Jetzt weide ich wirklich seine Lämmer," sagte er. „Und ich habe eine große Lektion gelernt. Der Seele kann nicht geholfen werden, bevor nicht zuerst der Magen beschwichtigt ist. Seine Lämmer müssen zuerst Brot und Butter und Kartoffeln und Fleisch haben, und dann aber erst dann sind ihre Seelen für feinere Nahrung empfänglich."

Er aß herzhaft von dem Essen, das ich gekocht hatte. Nie hatte er in den alten Tagen so guten Appetit an unserem Tische gehabt. Wir sprachen davon und er sagte, daß ihm nie im Leben so wohl gewesen sei wie jetzt.

„Ich gehe jetzt stets zu Fuß" sprach er, und die Röte stieg in seine Wangen bei dem Gedanken an die Zeit, da er in seinem Wagen fuhr, als sei das eine Sünde gewesen, der man sich nicht so leicht entledigen könnte.

„Für meine Gesundheit ist es auch besser," fügte er eilig hinzu. „Und ich fühle mich sehr glücklich, wirklich sehr glücklich. Am Ende bin ich ein geweihtes Wesen."

Und doch lag in seinem Gesicht ein beständiges Weh, das Weh der Welt, um das er sich jetzt quälte. Er sah das Leben jetzt in seiner wahren Gestalt, und das war grundverschieden von dem, was er in seinen Büchern darüber gelesen hatte.

„Und Sie sind für das alles verantwortlich, junger Herr," sagte er zu Ernst persönlich.

Ernst wurde verlegen.

„Ich — ich habe Sie gewarnt," stotterte er.

„Nein, nein, Sie mißverstehen mich," erwiderte der Bischof. „Ich werfe Ihnen nichts vor, sondern ich danke Ihnen. Ich muß Ihnen dafür danken, daß sie mir den rechten Pfad gezeigt haben. Sie haben mich von der Theorie zum Leben selbst geführt. Sie haben den Schleier von diesem sozialen Betrug weggezogen. Sie brachten Licht in mein Dunkel, aber jetzt sehe ich auch das Licht. Und ich bin sehr glücklich, nur ..." er zögerte schmerzhaft, und seine Augen blickten sehr ängstlich. „Nur die Verfolgung. Ich schädige niemand. Warum lassen sie mich nicht in Ruhe? Aber das ist es nicht. Es ist die Art der Verfolgung. Ich würde nichts danach fragen, wenn sie mein Fleisch in Streifen schnitten, oder mich auf dem Scheiterhaufen verbrennten oder mich mit dem Kopf nach unten kreuzigten. Aber es ist das Asyl, vor dem ich erschrecke. Bedenken Sie das! Ich, in einer Anstalt für Irrsinnige. Es ist empörend. Ich sah einige Fälle im Sanatorium. Die waren ungeheuerlich. Mein Blut erstarrt, wenn ich daran denke. Und für den Rest meines Lebens mitten in Szenen tobsüchtigen Irrsinns eingesperrt sein! Nein, nein! Nur das nicht! Nur das nicht!"

Es war bemitleidenswert. Seine Hände zitterten, sein ganzer Körper bebte und fuhr zurück vor dem Bild, das er heraufbeschworen hatte. Aber im nächsten Augenblick war er wieder ruhig. (Forts. folgt.)

jede Verzögerung dieses Schrittes oder einen Aufschub des endgültigen Sturzes dieser beiden Schmarotzer.

Aus dieser Lage zieht die neue Wirtschaftspolitik die Konsequenzen, indem sie die Privatinitiative des Handelskapitals in den Dienst der Warenverteilung stellt. Soweit sie dabei eine vorübergehende unverhältnismäßige Bereicherung des kapitalistischen Zwischenhandels mit in Kauf nehmen muß, kann sie gleichzeitig auf die andauernde und bedeutende Besserung der Lebenshaltung des Arbeiters hinweisen. Letztere ist gerade das unmittelbare Ergebnis der Verjagung des Privatkapitals aus dem Besitz an den Produktionsmitteln und seiner Beschränkung auf die Rolle des Zwischenhändlers. Von da bis zu einer völligen Vernichtung führt der Weg über die nächste Etappe der Weltrevolution: über die Diktatur des Proletariats in Deutschland.

Parteiaufbau

An alle Parteimitglieder und Funktionäre unserer Ortsgruppen

Um Irrtümer zu vermeiden, machen wir hierdurch bekannt, daß die Internationalen Beitragsmarken, welche im Monat Mai für das erste Quartal nachzuzahlen und auf den im Mitgliedsbuch hinter dem 9. Felde reservierten Raum zu kleben sind, in der 1. Beitragsklasse 60 Mark, und in der 2. und 3. Beitragsklasse 40 Mk. betragen. Die roten Marken sind für die erste Klasse, die blauen für die zweite und dritte Klasse. Wir bitten alle Parteimitglieder in diesem Monat die Internationale Marke für das 1. Quartal nachzukleben. Die Ortsgruppen sind verpflichtet, mit der Maiabrechnung diese an die Bezirkskasse zu verrechnen. Dies ist notwendig, weil im Monat Juni die Internationale Marke für das zweite Quartal geklebt werden muß.

Die Bezirksleitung.

Das ist proletarische Solidarität!

Unser Aufruf, für die Ausgestaltung unseres Breslauer Versammlungslokals beizutragen, hat leider nicht in allen Parteikreisen das nötige Echo gefunden.

Einige Genossen in der Provinz aber sind den Breslauern mit gutem Beispiel vorangegangen. So sammelten z. B. die Genossen in Bunzlau am 1. Mai ein Paket sehr brauchbarer Werkzeugutensilien. Ein Beispiel, das hoffentlich in allen Ortsgruppen schnellstens nachgeahmt wird.

Auch die Oppelner Genossen bekunden ihre Solidarität und ihre Bereitwilligkeit, an dem Ausbau unseres Versammlungslokales mitzuwirken, durch ein an unsere Breslauer Funktionäre gerichtetes Schreiben. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

„**Da wir in keiner Beziehung zurückstehen wollen und die Breslauer Genossen entlasten wollten, richten wir an Euch die Bitte: Laßt uns auch mithelfen am Subotnik, wenn wir auch von Oppeln sind.**

Bitte gebt uns genau an, was Ihr braucht. Genossen, erfüllt unseren Wunsch, damit wir auch Freude haben an dem, was gemeinsam geschaffen wird.

Genossen in Breslau und anderen Ortsgruppen! Die Oppelner Genossen haben Euch ein leuchtendes Beispiel proletarischer Solidarität gegeben. Wollt Ihr Breslauer Genossen hinter den Oppelner Brüdern zurückstehen und Euch von ihnen beschämen lassen?

Oder wollt Ihr auch mit allen Kräften dazu beitragen, damit, wie es in dem Oppelner Schreiben so schlicht gesagt ist, auch Ihr Eure Freude an dem gemeinsam geschaffenen Werke habt!

Bekundet proletarische Solidarität! Helft am Auf- und Ausbau unserer Zwingburg in Breslau!

An unsere Kolporteure.

Beim Abschluß unserer Bücher wurde festgestellt, daß eine größere Anzahl von Ortsgruppen mit erheblichen Beträgen von Zeitungsgeldern aus dem Monat April rückständig sind. Bei der jetzt wieder eintretenden täglichen Verschlechterung der Valuta ist es von größter Wichtigkeit, daß die Kolporteure mit der Zeitungsabrechnung stets auf dem Laufenden sind. Wir bitten um umgehende Abrechnung.

Ferner ist es die vornehmste Pflicht aller Kolporteure, jetzt überall die größte Werbetätigkeit für Zeitungsabonnenten zu entfalten. Verschiedene Ortsgruppen, wie Gottesberg, Hermsdorf u. K., Oppeln, Wüstegiersdorf usw. haben ihre Leserzahl in der letzten Zeit verdoppelt. Macht es diesen Ortsgruppen nach. Die Gesamtleserzahl muß unter allen Umständen verdoppelt werden.

Verlag und Expedition.

Genossenschaftliches

Betriebsräte entsendet Vertreter in den Aufsichtsrat!

In der letzten Zeit haben in vielen Konsumvereinsbetrieben die Neuwahlen zum Betriebsrat stattgefunden. Die neuen Betriebsräte müssen sofort die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat vornehmen. Die Wahl der Betriebsvertreter in den Aufsichtsrat erfolgt durch den Betriebsrat. Es müssen in der Regel zwei Betriebsvertreterin den Aufsichtsrat entsandt werden. Die Wahl hat durch Stimmzettel nach Stimmenmehrheit zu erfolgen.

Es ist notwendig, daß überall die Betriebsratsmitglieder von ihrem Recht Gebrauch machen und Vertreter in den Aufsichtsrat schicken. Sie haben sich dabei zu überlegen, wer ihre Interessen vertritt und haben dafür zu sorgen, daß solche, die dann zusammen mit den Genossenschaftsbürokraten gegen die Arbeiter und Angestellten vorgehen, politische Maßregelungen usw., nicht gewählt werden.

Vom Tage

Die kleinen Diebe beim großen Dieb

Bei den Feierlichkeiten anläßlich des Besuchs Marschall Fochs in Kattowitz ist es zu einem wenig angenehmen Vorfall gekommen. Diebe brachen beim Marschall Pilsudski ein und raubten wertvolle Schmuckstücke.

In Notwehr erschossen

In Coepenik stellten sich eine Frau Schwarz und ihr 21jähriger Sohn Karl der Polizei mit der Angabe, ihren Ehemann bezw. Vater, den Heizer Wilhelm Schwarz in der Notwehr nach vorausgegangenem Streit mit dem Revolver erschlagen zu haben.

Kampf zwischen Schupo und Spielklubgesindel. Wie die „Danziger Zeitung" meldet, kam es in Zoppot zwischen zwei ehemaligen Angestellten eines Spielklubs und zwei Beamten der Schutzpolizei zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf die beiden Angestellten erschossen wurden. In angetrunkenem Zustande hatten die beiden Zivilisten die Beamten belästigt. Einer der Betrunkenen entriß einem der Beamten das Seitengewehr; der andere Zivilist soll gleichzeitig einen Revolver gezogen haben. Nunmehr zog der zweite Beamte ebenfalls den Revolver und schoß beide nieder. Der eine der Getroffenen war auf der Stelle tot, der andere erlag seinen Verletzungen, als man ihn zum Arzt bringen wollte.

Eisenbahnunglück. Bei einem Eisenbahnunglück in der Nähe von Woodside wurden acht Reisende, der Zugführer und ein Heizer getötet und fünf Reisende verwundet, davon mehrere tötlich. Das Unglück wird auf einen Erdrutsch zurückgeführt.

Flugrekord in Amerika. Zwei amerikanische Offiziere sind mit einem Fokker-Heeresflugzeug ohne Zwischenlandung von Newyork nach San Diego in 27 Stunden geflogen und haben damit zum ersten Mal den amerikanischen Kontinent in ununterbrochenem Fluge überquert. Die durchschnittliche Geschwindigkeit betrug 120 Meilen pro Stunde.

Arbeiter-Sportbewegung

Reichs-Arbeiter-Sport-Tage

2. bis 6. Juni 1923.

Sportliche Veranstaltungen.

U. a. Fackelzug, Wassersport, Turnen, Fußball, Athletik, Radsport, Volkstänze, Schach u. s. w.

Vorverkaufsstellen für Eintrittskarten zur ...rennbahn, Programm und Abzeichen:

Volkswacht-Buchhandlung, Gewerkschaftshaus (Stehbierhalle), Fahrradhaus „Frisch auf", Nikolaistr. 42, Zigarrengeschäft Julius Hübner, Matthiasstraße 100, Lager des Konsumvereins „Vorwärts", Striegauer Platz, Tauentzienstr., Schwenckfeldstraße, Neumarkt sowie bei allen Mitgliedern der Arbeitersportvereine.

Waldlauf des Sportklubs „Felsenfest"

Mitglied des „Arbeiter-Athleten-Bundes", am 10. Mai (Himmelfahrt), im Oswitzer Walde. Start und Ziel der 5 Kilometer langen Strecke: „Weidmannsruh". Treffpunkt am Kleinbahnhof um 6 Uhr. Gemeinsamer Abmarsch mit Musik. Freunde der Leichtathletik, sowie alle Arbeitersportler sind zu dieser Veranstaltung eingeladen!

Arbeiter-Schwimmverein „Poseidon" in Dresden-erfolgreich

Nachdem der Dresdener Arbeiter-Schwimmverein beim letzten Hallenschwimmfest des „Poseidon" hier zu Gaste war, erwiderten die Breslauer Arbeiterschwimmer den Besuch am Sonntag, den 29. April in Dresden. Die zentrale Lage Dresdens ermöglichte es 10 Vereinen am Start zu erscheinen. Anwesend waren unter anderen die Vereine: Union-Berlin, Hamburg, Chemnitz, Görlitz, Breslau. Sonntag vormittag ½9 Uhr begannen schon die Wasserballspiele. Als erstes wurde das Spiel Leipzig 1—Breslau 1 ausgetragen. Dieses Spiel endete mit 5:0 für Breslau. Diesem folgten noch 7 andere Spiele, welche mehr oder weniger das Interesse des Zuschauers erwecken konnten. Nachmittag 2 Uhr begannen die Schwimmwettkämpfe. Bei diesen gelang es den Breslauern insgesamt 5 erste, 1 zweiten und 2 dritte Plätze zu besetzen. Das am Schluß ausgetragene Wasserballspiel Breslau 1—Dresden 1 sah die Dresdener mit 4:1 in Front. Dieses Spiel hatte der Schiedsrichter durchaus nicht in der Hand und traf bedauerlicherweise Entscheidungen, die nicht immer unparteiisch waren. Nachstehend die Resultate:

Eröffnungsstaffel 6×50 m bel. 1. Breslau 3,22 Min.
2. Berlin 3,25 „

Einzelfünfkampf für Männer (50-m-Schwimmen, Streckentauchen, Kopfweitsprung, Wasserballweitwurf, 25-m-Paddeln)
1. Grund-Breslau 94½ Punkt
2. Hintze-Berlin 93½ „
3. Blase-Breslau 91⅕ „

Damenschwimmen 50 m bel.
1. Quittschalle-Breslau 43⅗ Sek.
2. Spießer-Hamburg 44 „

Lagenstaffel 4×100 m. 1. Breslau 5,21²
2. Leipzig 5,34
3. Dresden 5,38

Altes Herrenschwimmen 50 m bel.
3. Surauf-Breslau 41 Sek.

Seiteschwimmen 100 m Kl. A.
1. Faulde-Breslau 1,13²
2. Schönfelder-Dresden 1,18

Bruststaffel 6×50 m. 1. Dresden 3,55
2. Breslau 4,00

Genosse und Genossin werbe eifrig für Dein Partei-Organ.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Artur Dombrowski, für den Inseratenteil: Max Zschocher; Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. Ring 8837. Adresse: Alfr. Oeßner, Breslau, Trebnitzerstr. 50.

Bezirksleitung. Mittwoch nachmittag 5 Uhr, im Parteibüro, Trebnitzer Straße 50, Vollsitzung der Bezirksleitung. Alle Mitglieder müssen pünktlich erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Ortsgruppe Breslau. Die Distriktshauptkassierer haben ihre Abrechnungen für Monat April bis zum 7. Mai früh abzuführen, eine längere Frist wird gewährt. In der Zwischenzeit sind Vorschußzahlungen sehr erwünscht.

— Montag, den 7. Mai, abends 7 Uhr, im Parteilokal, Nikolaistr. 49/50, Diskussionsabend.

— Mittwoch, den 9. Mai, abends 7 Uhr, im Versammlungsraum, Nikolaistr. 49/50, Frauen-Mitgliederversammlung. Alle Genossinnen werden ersucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

[illegible]. Sonntag, den 13. Mai, nachm. 3 Uhr, in der Brauerei Herberg, Mitgliederversammlung. Infolge der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin pünktlich zu erscheinen. Der [illegible] Dienold wird in einem Vortrag seine Erlebnisse in Sowjet-Rußland schildern. Funktionäre erscheinen eine Stunde früher. Gäste sind willkommen.

KJD Bezirksleitung: Max Glöser, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Postscheck-Konto: Breslau 67596 Max Glöser.

Alle Ortsgruppen der Kommunistischen Jugend, Bezirk Schlesien, werden hiermit aufgefordert, bis zum 15. Mai die Adresse der Vorsitzenden an die Adresse der B.L. einzusenden. Manuskripte für den Jungproleten müssen bis zum Montag, den 7. Mai, in unseren Händen sein, sonst können dieselben in der nächsten Nummer nicht erscheinen.

Breslau. Heim Lenin. Dienstag, den 15. Mai, abends 7 Uhr, im Schulhaus Anderssenstr. 58/62, Mittelhaus ptr., Zimmer 2, Heimabend. Gäste herzlich willkommen.

— **Heim Trotzki.** Dienstag, den 15. Mai, im Schulhaus [illegible], Kinderhortzimmer, Heimabend. Gäste sind eingeladen.

— **Heim Liebknecht.** Dienstag, den 15. Mai, im Schulhaus Steinstraße, Vortrag des Genossen Werner über die politische Lage. Alles muß erscheinen. Sympathisierende mitbringen.

— **Heim Luxemburg.** Mittwoch, den 16. Mai, im Schulhaus Brockauerstr. 8/12, Heimabend. Thema: Unser Kampf gegen den Faschismus. Gäste haben Zutritt.

Andere Organisationen

Breslau. Arbeiter-[illegible]. Montag, den 7. Mai abends 7,30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Geschlossene Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Bundes-General-Versammlung und Geschäftliches. Da es gilt, [illegible] allgemeine Richtlinien für unsere weitere Bundesarbeit aufzustellen, ist das Erscheinen aller Mitglieder nötig.

Hirschberg. Verein der Freidenker für Feuerbestattung E.V. (Sitz Berlin). Öffentl. Versammlungen mit Werbefilmvorführung am Montag, den 7. Mai, in Petersdorf i. Rsgb. „Deutsches Haus", Dienstag, den 8. Mai, in Hermsdorf u. K. „[illegible]", Mittwoch, den 9. Mai, in Hirschberg, Kronprinzen-Lichtspiele. Referent in allen Versammlungen [illegible], Berlin. Beginn der Versammlungen abends 8 Uhr.

Einen neuen Leser, Genosse!

Arbeiter!
Beachtet mein
Friseurgeschäft
Zeitung liegt aus.
M. Brünn
An den Kasernen 5.
F

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse der Sprachschranken! Lernt die
Weltsprache „Esperanto"
die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und auch verwendet wird!
F

Zahle die höchsten Preise
für Gold-, Platin-, Silber-Bruch, alte Gebisse.
Streng reelle Bedienung.
Einkauf täglich 8—7 Uhr. F
Ueberbiete jeden Konkurrenzpreis.
Bei steigendem Dollar sofort höhere Preise.
Kein Zahn unter 4000.— Mk.
Knopfstifte die Hälfte.
Breslau, Matthiasstr. 18 I
Th. Schade.

K. P. D. — Ortsgruppe Breslau.

Freitag, den 11. Mai, abends 7 Uhr
in der „Bratislawia", Mauritiusplatz

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Die Angriffe der Allgemeinen Arbeiter-Union und der Syndikalisten.
2. Bericht über die Propagandawoche, Meeting, Maifeier und unsere bevorstehenden Aufgaben.
3. Die Aufgaben unserer Genossinnen am Ausbau unserer Organisation.
4. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen in dieser hochwichtigen Versammlung wird erwartet. Kein Mitglied darf fehlen.

Die Ortsleitung.

Eine ganze Bibliothek für nur 2500 Mark
erhalten Sie durch das
Wirtschaftliche Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923
Es enthält alles, was man im täglichen Leben rasch wissen muß, z.B. wichtige Reichsgesetze, Kommunalverwaltung, Gewerkschaftsgliederung, Kartelle, Trusts, die gesamte Sozialversicherung, Erwerbslosenfürsorge, Arbeiterschutz, Arbeitsvermittlung, Reichsmietengesetz, Lohnsteuer, Bildungswesen, Valutafragen, Staatshaushalt, Indexziffern, Wirtschaftsstatistik (Preise, Löhne, Kurse, Produktion, Außenhandel, Arbeitslosigkeit usw.)
Beim Zeitungslesen, in der Versammlungsdebatte, beim Studium zu Hause, bei Beratung von Kollegen, beim Schutze eigener Interessen
stets hilft Ihnen schnell und sicher das
Arbeitnehmer-Jahrbuch!
Im Taschen-Format gebunden
Preis 2500.— Mark.
Zu beziehen durch
Produktiv-Genossenschaft f. d. Prov. Schlesien e.G.m.b.H. Breslau, Nikolaistr. 49/50 — Abteilung Buchhandlung.

Genosse. Genossin. Werbe neue Leser!

Aluminium-
Zinngeschirr
sowie sämtliche Metalle und Eisen
kauft F
M. Bartsch / Oderstrasse 17.
Achtung auf Haus-Nummer.

Soeben neu erschienen:

Spitzel.
Aus dem Sumpf der politischen Polizei.
Broschiert, 61 Seiten stark, Preis 2100 ℳ

Das zukünftige Petrograd.
Von **G. Zyperowitsch.**
Broschiert, 137 Seit. stark, Preis 2100 ℳ

Theorie des historischen Materialismus. F
Von **N. Bucharin.**
Broschiert, 372 Seit. stark, Pr. 13 000 ℳ

Zu beziehen durch: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e.G.m.b.H.
Breslau, Nikolaistr. 49/50.
Abteilung: Buchhandlung.

Wieder eingetroffen:

Taschen-Kalender der KPD. für 1923.
255 Seiten stark.
Preis: 250.— Mk.
Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft f. die Prov. Schlesien
Breslau 1, Nikolaistr. 49/50
Abteilung: Buchhandlung.